

Auswärtiger Ausschuss
Wortprotokoll
81. Sitzung

Berlin, den 20.03.2013, 09:00 Uhr
Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
Adele-Schreiber-Krieger-Straße
10557 Berlin
Sitzungssaal: 3.101

Vorsitz: Ruprecht Polenz, MdB

Thema der öffentlichen Anhörung:

Die Entwicklung des Politischen Islam in der MENA-Region

Geladene Sachverständige:

Thomas Birringer	Konrad Adenauer-Stiftung, Leiter Team Afrika und Naher Osten
Dr. Michael Bröning	Friedrich Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Naher und Mittlerer Osten/Nordafrika
Prof. Dr. Mathieu Guidère	Universität Toulouse/Frankreich, Fachbereich Islamische Studien
Prof. Gudrun Krämer	Freie Universität Berlin, Lehrstuhl für Islamwissenschaften
Hoda Salah	Politikwissenschaftlerin

Interfraktioneller Fragenkatalog

- 1) Welche unterschiedlichen islamischen Kräfte gibt es in der MENA-Region? Welche Formen der Zusammenarbeit bzw. der inhaltlichen Abstimmung gibt es innerhalb des islamischen Spektrums und über welche Fragen finden Auseinandersetzungen statt?
- 2) Wie weit stimmt die Beschreibung, dass islamische Kräfte bei den Umwälzungsprozessen in den Staaten der MENA-Region keine herausragende Rolle gespielt haben, aber überall als bestimmende Kraft aus den bisherigen Entwicklungen hervorgehen?
- 3) Wie beurteilen Sie die politische Entwicklung in den islamisch geprägten Staaten der MENA-Region seit dem Beginn der Umwälzungen im Hinblick auf die Schaffung demokratischer Verhältnisse und eines funktionierenden Rechtsstaates? Wieweit sehen Sie die Befürchtung realisiert, islamistische Kräfte hätten ein rein instrumentelles Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat?
- 4) In welchem Verhältnis stehen die in Regierungsverantwortung stehenden Parteien des Politischen Islam zu anderen Religionen und zu religiösen Minderheiten und in welchem Ausmaß wird Religionsfreiheit tatsächlich praktiziert? Wie bewerten Sie die Entwicklung der Lage der Frauen in diesen Gesellschaften?
- 5) Wie bewerten Sie die Rolle des Militärs und die militärischen Kapazitäten von Staaten der MENA-Region, deren Regierungen islamistisch geprägt sind?
- 6) Wie sind die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien, Katar und Iran und den verschiedenen islamistischen Kräften in der MENA-Region? Wieweit ergeben sich daraus aus Ihrer Sicht Notwendigkeiten für eine veränderten Politik der EU und Deutschlands?
- 7) Welches sind die Ursachen dafür, dass sich auch in der Sahel-Region radikal-islamistische Tendenzen verbreiten, obwohl diese kulturell den dort lebenden Kulturen fremd sind? Inwiefern nehmen Saudi-Arabien und andere Golfstaaten Einfluss auf die Länder der Sahel-Region? Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken?
- 8) Welche Entwicklungstendenzen sehen Sie bei den Kräften des Politischen Islam in der MENA-Region im Verhältnis zu westlichen Staaten, und wie bewerten Sie Hintergründe und Folgen der Unterschiede westlicher Politik gegenüber islamistischen Kräften in unterschiedlichen Regierungen (Tunesien, Ägypten, Libanon, Gaza)? Welche Kriterien sollten bei den zukünftigen Kontakten mit islamistischen Kräften in der MENA-Region berücksichtigt werden bzw. zur Anwendung kommen?

Der Vorsitzende: So, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf bitten, dass Sie Platz nehmen. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur 81. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Ich begrüße dazu auch die von uns eingeladenen Sachverständigen und die interessierte Öffentlichkeit. Das Thema der öffentlichen Anhörung, die wir in dieser Sitzung durchführen wollen, lautet: „Die Entwicklung des Politischen Islam in der MENA-Region“. Für diejenigen, die mit den Abkürzungen in der Außenpolitik nicht so vertraut sind: Das ist also die Region des Nahen und Mittleren Ostens und von Nordafrika.

Ich begrüße die von den Fraktionen benannten Damen und Herren Sachverständigen. Sie sitzen hier in alphabetischer Reihenfolge. Neben mir Herr Thomas Birringer von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist dort seit Juli letzten Jahres Teamleiter für Afrika und Nahost. Er kennt aber die Region auch aus verschiedenen Auslandsverwendungen für die KAS u.a. in Ramallah.

Herr Dr. Michael Bröning von der Friedrich-Ebert-Stiftung ist in der Ebert-Stiftung für die internationale Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Er leitet das Referat Naher und Mittlerer Osten/Nordafrika, und er kennt ebenfalls die Region aus eigener Anschauung. Ich glaube, wir haben uns auch schon mal in der Region getroffen, wenn ich mich richtig erinnere.

Wir sehen daran, wie wichtig die politischen Stiftungen für unsere Arbeit sind. Sie sind vor Ort, und sie sind natürlich auch Instrumente unserer Politik in der Region. Herzlich willkommen hier bei uns im Ausschuss.

Herr Prof. Dr. Mathieu Guidère von der Universität Toulouse ist dort seit 2011 Inhaber einer Professur für Islamwissenschaften und arabische Gedankenwelt. Herr Guidère ist Autor zahlreicher Sachbücher und ebenfalls ein ausgewiesener Kenner der Materie.

Das trifft natürlich auch zu auf Frau Prof. Dr. Gudrun Krämer. Sie ist Professorin am Institut für Islamwissenschaft der Freien Universität Berlin und Direktorin der Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies. Frau Prof. Dr. Krämer hat dem Deutschen Bundestag und auch uns schon mehrfach ihr Fachwissen und ihre Erfahrung zur Verfügung gestellt. Sie ist erst letzte Woche, wie ich erfahren habe, aus Kairo zurück gekommen. Deshalb ganz besonderer Dank, dass Sie heute gleich bei uns sind.

Und ich begrüße schon mal in Abwesenheit – weil sie uns gerade hat wissen lassen, dass sie in einer Schneewehe im Taxi stecken geblieben ist – Frau Hoda Salah. Sie ist an der FU Berlin beschäftigt und ebenfalls Fachfrau für unser Thema. Sie wird sicherlich in wenigen Minuten hier sein.

Wir haben uns in unserem Ausschuss seit Beginn dessen, was wir – wie ich finde – etwas schräg „Arabischen Frühling“ nennen, was wir vielleicht besser Arabische Umwälzung oder Revolution oder Umbruch nennen sollten, kontinuierlich und intensiv mit dem Thema befasst. Die Gründe dafür sind bekannt und haben sich im Grunde nicht geändert. Die Entwicklung findet vor unserer Haustür statt und kann allein schon deshalb für uns nicht gleichgültig sein.

Wir haben am 6. April, also fast genau vor zwei Jahren, ebenfalls in einer öffentlichen Anhörung die Gesamtsituation im Nahen Osten und Nordafrika analysiert. Damals war auch Frau Prof. Krämer mit dabei. Sie hat uns sehr zu Geduld und Vorsicht gemahnt und vor Euphorie gewarnt. Wir erinnern uns daran. Und wenn wir uns jetzt nach nunmehr zwei Jahren erneut mit dem Thema öffentlich befassen, dann drückt sich darin mehrerlei aus. Einmal die Tatsache, dass die Entwicklung in der MENA-Region natürlich noch nicht zu Ende ist, sondern andauert. Und man wird vielleicht erst in vielen Jahren wissen, ob wir zum Zeitpunkt heute noch in der Anfangsphase

sind oder an welchem historischen Punkt dieser historischen Umwälzung wir uns jetzt gerade befinden. Wir sind auch zweitens im Deutschen Bundestag und generell im Westen mit dieser Entwicklung nach wie vor konfrontiert. Und die Frage stellt sich auch, ob sich in der heutigen Themenstellung im Vergleich zu der Diskussion vor zwei Jahren ein Wandel ausdrückt, eine Befürchtung; die Blicke in die Region werden ja zunehmend skeptischer, sicherlich auch bedingt durch die Ereignisse in Syrien.

Ich danke den Sachverständigen zunächst dafür, dass sie auch schriftlich zu unseren Anfragen Stellung genommen haben. Frau Prof. Krämer konnte das aus naheliegenden Gründen wegen ihrer Reise nach Kairo nicht tun. Wir machen das jetzt im Ablauf so, dass die Sachverständigen zunächst Gelegenheit haben, zusammengefasst uns noch mal die wichtigsten Botschaften ihrer schriftlichen Stellungnahmen mitzuteilen. Ich darf darum bitten, dass Sie das so in acht bis zehn Minuten maximal schaffen. Damit Sie das auch im Blick behalten, wird oben eine Zeit mitlaufen, die Ihnen dabei helfen soll. Anschließend treten wir in mehrere Fragerunden ein, an die sich dann wieder Antwortrunden von Ihrer Seite anschließen. Also es geht nicht immer einzeln hin und her, Sie müssten sich bei den Fragen der Kollegen vielleicht Notizen machen, damit Sie sie dann zusammengefasst beantworten können.

Sie haben vielleicht schon gemerkt, dass wir eine Simultan-Dolmetschung in Deutsch und Englisch vorgesehen haben. Ich darf noch darauf hinweisen, dass wir im Anschluss an die öffentliche Anhörung noch eine nicht-öffentliche Sitzung des Auswärtigen Ausschusses haben, an deren Anfang wir eine Abstimmung vorzunehmen haben über einen Antrag, bei dem wir mitberatend sind, und wo wir heute abstimmen müssen. Also an die Fraktionen den Hinweis, die Abstimmungen, die sonst immer kurz vor Eins stattfinden, die finden heute gegen zwölf Uhr statt.

So, das sind die Vorbemerkungen. Ich darf nun zunächst Ihnen, Herr Birringer, das Wort erteilen und anschließend in alphabetischer Reihenfolge auch den anderen eingeladenen Sachverständigen. Herr Birringer, herzlich willkommen, Sie haben das Wort.

Thomas Birringer: Ja, vielen Dank, Herr Polenz, für die freundliche Einführung und die Einladung, hier heute bei Ihnen zu sprechen. Nach sieben Jahren Naher Osten ist es nicht ohne, jetzt im deutschen Winter Ende März noch Schneewehen einzukalkulieren. Aber auch daran werde ich mich gewöhnen.

Ja, vielen Dank. Zunächst einmal der Versuch, zusammengefasst auf den Fragenkatalog zu antworten, den Sie uns vorher haben zukommen lassen. Die erste These ist: Die Akteure des Politischen Islam sind bislang die Gewinner des so genannten „Arabischen Frühlings“. Der Einfachheit halber werde ich es bei dieser Terminologie belassen. Ich bin mir allerdings auch der Problematik dieses Begriffes bewusst, trotzdem eben der Einfachheit halber „Arabischer Frühling“. Sie sind die Gewinner der Ereignisse. Wir sehen es in Tunesien. An-Nahda ist die größte Partei in der Regierung. In Ägypten hat der Kandidat der Muslimbruderschaft, Mursi, die Präsidentschaftswahlen gewonnen. In Marokko regiert Herr Benkirane von der PJD. Auch in anderen Staaten, die wir vielleicht nicht so sehr auf dem Schirm haben wie z.B. in Kuwait, sind Muslimbrüder und sind andere islamistische Akteure an Umbrüchen, die sich dort derzeit noch ereignen, beschäftigt. Also, das sind bislang eindeutig die Gewinner der Ereignisse.

Sie wurden sowohl von uns im Westen als auch von den säkularen Eliten in ihren eigenen Ländern unterschätzt. Das Erstarken der Akteure des Politischen Islam ist keine neue Entwicklung, sondern schon seit mindestens 20 Jahren im Gange. Es ist nur eben durch die Umbrüche an die Oberfläche gespült worden. Und diese Entwicklung der letzten 20 Jahre ist aber nicht nur uns im Westen weitgehend verborgen geblieben bis auf einige Experten, sondern wurde auch von den säkularen Eliten in den arabischen Ländern selbst unterschätzt, eben aufgrund einer auf die

säkular geprägte städtische Oberschicht konzentrierte Sichtweise, die Sie nicht nur in den politischen Debatten dieser Länder, sondern auch in Hochschulen, Medien bis hin zur Demoskopie so finden.

Was wir darüber hinaus jetzt in den Ländern beobachten, in denen die Akteure des Politischen Islam erfolgreich waren, ist, dass ihnen zunächst zumindest die Sicherung ihrer politischen Macht, der Machterhalt vor der Umsetzung einer islamistischen Agenda zu gehen scheint. Die meisten konkreten Handlungen dieser Akteure zielen auf den Machterhalt und erst in einem zweiten Schritt – wenn überhaupt bislang zu erkennen – auf die Umsetzung einer islamistischen Agenda. Wenn man sich die einzelnen Politikfelder in dem Zusammenhang genauer anschaut, z.B. den Umgang mit Minderheiten, religiösen Minderheiten oder auch im Hinblick auf Frauenrechte, kann man das bislang auch erkennen. Was allerdings dort konkret jetzt z.B. die neue Verfassung in Ägypten bedeutet, dazu ist es noch zu früh, das zu beurteilen. Vielleicht kann man später in der Fragerunde auf diese Entwicklung etwas genauer eingehen.

Sehr interessant ist die Rolle der Staaten aus dem Persischen Golf, insbesondere Saudi-Arabien und Katar, in dem Zusammenhang. Und hier muss man zwischen Saudi-Arabien und Katar einen deutlichen Unterschied machen. Während Katar, ein sehr kleines Land mit nur etwa 250.000 einheimischen Bewohnern, aber riesigem Reichtum an Erdöl- und vor allen Dingen Erdgasvorkommen, vor allen Dingen eine machtpolitische Agenda verfolgt, hat Saudi-Arabien anscheinend tatsächlich eine religiöse Agenda. Katar ist ein kleines Land, Katar könnte seinen großen Reichtum allein nie verteidigen. Auch Katar setzt daher darauf, sich die wichtigen großen Nachbarstaaten und die wichtigen politischen Akteure dort zu Freunden zu machen, sie zu fördern, sich sie zu Dankbarkeit zu verpflichten. In Saudi-Arabien ist das anders. Die saudi-arabische Königsfamilie ist eng verbunden mit den religiösen Autoritäten. Und einzelne Akteure aus Saudi-Arabien zielen tatsächlich darauf ab, ihre wahabitische Auslegung des Islam auch zu exportieren und fördern in der gesamten arabischen Welt Akteure, die den Salafisten nahe stehen, wogegen die Kataris aus den eben genannten Gründen sich eher in Richtung Muslimbruderschaft orientieren.

Vielleicht noch ein Wort zu der Frage: Wie kommt es denn, dass diese Entwicklung so erfolgreich ist in der Sahel-Zone und sich der Politische Islam dort immer mehr aus Nordafrika kommend in Richtung Süden hin verbreitet? Das sind m.E. in erster Linie wirtschaftliche Zusammenhänge, die dort eine Rolle spielen. Es ist sehr viel Geld unterwegs, das wird dort genutzt zum Aufbau von Schulen, Krankenhäuser und sozialen Einrichtungen usw. Und wenn Eltern Kinder haben, die in eine solche Schule gehen sollen, die von Salafisten oder ähnlichen Gruppen aufgebaut werden ist, dann lässt man sich halt mal einen Bart wachsen, damit das Kind da auch aufgenommen wird. Aber dann ist es soweit und der Imam unterrichtet dort und man gerät in diese Zusammenhänge hinein. Und so wird dann eben auch die entsprechende Ideologie verbreitet. Aber ich glaube, der wesentliche Wirkungszusammenhang dort in diesen Ländern ist ein ökonomischer, weil die Menschen keine andere Möglichkeit sehen, ein besseres Leben für sich und für ihre Kinder zu erreichen, als sich eben mit solchen Gruppen dann einzulassen.

Soviel vielleicht erst mal von meiner Seite. Ich sehe, ich bin noch deutlich unter der Zeit. Ich habe extra ein bisschen schnell gemacht, damit's nicht zu lange wird. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank, Herr Birringer. Sie haben ja nachher auch noch weitere Gelegenheit, uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung zu stehen. Herr Dr. Bröning.

Dr. Michael Bröning: Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete. Vielen Dank zunächst für die Gelegenheit, hier sprechen zu können. Konfrontiert mit der unübersehbar großen Uhr, die vor mir hängt, werde ich gleich zur Zusammenfassung meiner schriftlichen

Stellungnahme kommen. Vielleicht sei mir noch eine kurze Vorbemerkung erlaubt. In der Rücksicht schient es, als ob Frau Krämer recht gehabt hat. Denn es steht fest, dass die Euphorie, die ja ursprünglich mit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings verbunden gewesen ist, weitgehend verflogen ist. Zumindest in der Berichterstattung sehen wir einen Diskurs der Enttäuschung. Wir sehen diesen Diskurs der Enttäuschung nicht nur hier, sondern auch in vielen Ländern der Region. In der Berichterstattung zumindest wurde der Arabische Frühling längst abgelöst von einer Berichterstattung über einen islamistischen Winter. Nun ist diese Skepsis sicher nicht völlig unangebracht, aber als Bemerkung sei doch erlaubt, dass diese Frustration, die wir erleben, vielleicht auch teilweise auf enttäuschten unrealistischen Erwartungen beruht hat.

Zu den Fragen im Katalog. Von wem sprechen wir, wenn wir vom Politischen Islam in der MENA-Region sprechen? Das ist natürlich komplex. Den Politischen Islam gibt es sicher nicht. Was es gibt, ist eine Vielzahl von Akteuren. Mein Vorschlag für eine Arbeitsdefinition würde sich an meinen Vorredner tatsächlich anschließen. Es ist nicht übermäßig komplex, man könnte da sehr lange drüber sprechen, aber es ist, denke ich, ausreichend differenziert. Man müsste grob unterscheiden zwischen Gruppen, die ideologisch und historisch den ägyptischen Muslimbrüdern zuzuordnen sind, und zwischen zahlreichen salafistischen Gruppen, die auch wiederum zersplittert sind. Das ist natürlich sehr grob, aber so als Richtschnur, denke ich, kann man damit operieren.

Zu diesen Gruppen, die den Muslimbrüdern zuzuordnen wären, gehört natürlich einerseits die tunesische An-Nahda-Partei, in Ägypten die Freedom and Justice-Party, aber auch in Jordanien beispielsweise die Islamic Action Front und etwa die palästinensische Hamas. Nun ist eine pauschale Bewertung der Rolle, die diese islamistischen Bewegungen im Arabischen Frühling gespielt haben, sicher unmöglich. Dabei kommt es zu sehr auf den Kontext an, auf den lokalen Kontext. Aber als Faustregel beobachten wir doch seit den vergangenen 24 Monaten, dass die islamistischen Bewegungen an keiner einzigen Stelle die Urheber der Umbrüche gewesen sind, aber dass sie in jedem einzelnen Fall über kurz oder über lang – meistens über kurz – zu den ganz entscheidenden Akteuren avanciert sind.

Wie ist das zu erklären? Auch da könnte man natürlich Bücher drüber schreiben. Ich lasse es bei einem Satz und würde auf vier Erfolgsfaktoren verweisen. Die Islamisten können sich glaubwürdig von den etablierten Regimen abgrenzen. Sie können glaubwürdige, zumindest für viele Wählerinnen und Wähler in der Region, Alternativmodelle präsentieren und sie profitieren natürlich von einem gesellschaftspolitischen Engagement, das sie nicht erst seit gestern, nicht erst seit letztem Jahr, sondern in vielen Fällen wirklich seit Jahrzehnten betrieben haben. Und in diesem Zusammenhang wäre auch zu erwähnen die internationale externe Unterstützung vor allem aus Saudi-Arabien, aus Katar, aber auch aus dem Iran. Das bedeutet jetzt natürlich nicht, dass diese Wahlerfolge oder dass den Islamisten durch die Wahlerfolge ein Blankoscheck für die nächsten Generationen ausgestellt worden ist. Das ist sicher nicht der Fall. Im Gegenteil, was wir beobachten, ist ein Abwandern von Wählern und ein Abwenden von Wählern. Das ist kein allgemeiner Trend, aber man kann das vor allem in Tunesien und Ägypten durchaus beobachten und auch etwa in Palästina seit dem Wahlsieg der Hamas 2006, dass sich wieder durchaus auch von islamistischen Bewegungen viele abwenden. Wenn man aber auf die strukturellen Erfolgsfaktoren der Islamisten abzielt und sich das anschaut und zur Kenntnis nimmt, dann wird auch klar, dass diese Art der Entzauberung der Islamisten kein Phänomen ist, das die Rolle der Islamisten für die Zukunft reduzieren würde. Im Gegenteil, die Akteure verfügen über einen harten Kern, über einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt. Und dieser breite gesellschaftliche Rückhalt wird ihnen eine wichtige Rolle garantieren. Vielleicht nicht für die nächsten Jahrzehnte, aber sicherlich für die nächsten Jahre.

Nun hat dieser Siegeszug der Islamisten, so wie ich es mal nennen will, natürlich die Frage neu politisch aufgewertet: Wie ist das Verhältnis Islam – Demokratie? Und da gibt es natürlich zwei unterschiedliche Interpretationen. Für die einen ist sozusagen der Siegeszug der Islamisten absolut unvereinbar mit einer demokratischen Entwicklung in der Region. Und sofern islamistische Akteure moderate Positionierungen einnehmen, sofern sie in ihren Wahlprogrammen moderate Töne äußern, wird das als Verschleierung bewertet, als Verschleierungstaktik, die eigentliche hidden agenda, nämlich die umfassende Islamisierung, zu verbergen. Im Gegensatz dazu steht die zweite Interpretationsmöglichkeit, nämlich die These, dass eben gerade die Einbindung islamistischer Akteure eine Transformation dieser Gruppen in Richtung auf Pragmatismus und auf moderatere Positionen befördern kann. Im Kern ist das die Frage: Werden die Staaten in der Region islamistisch oder werden die Islamisten staatstragend?

Und eine abschließende Bewertung über diese Frage ist zu diesem Zeitpunkt sicherlich verfrüht, denn aktuell sehen wir für beide Trends Anzeichen. Wir sehen eine stärkere Islamisierung in den Gesellschaften des Nahen Ostens, aber auch Pragmatismus zumindest zum Teil bei islamistischen Akteuren. In der Summe entsteht so eine gemischte Bilanz. Wir haben eine Öffnung der politischen Systeme in Tunesien, in Ägypten, in Libyen, aber zugleich eben auch eine deutliche Einschränkung gesellschaftlicher Freiheiten nicht zuletzt in Bezug auf Frauenrechte.

Zur Beantwortung der Frage, wie sich dieses Spannungsverhältnis Politischer Islam – Demokratisierung weiter entwickeln wird, würde ich zwei Thesen definieren. These eins: Der Zuwachs an politischer Verantwortung verschärft den internen Richtungsstreit innerhalb der islamistischen Bewegung, und zwar in dem Maße, in dem sie sich an politische Macht annähern, werden Debatten dringlicher, offener und transparenter. Denn diese Annäherung an die Macht macht einfach eine Positionierung, eine konkrete Positionierung zu konkreten politischen Herausforderungen in vielen Fällen auch erstmals erforderlich. Auseinandersetzungen werden geführt über die Grundsatzentscheidungen, die grundsätzliche Beteiligung am politischen Prozess, über die Vereinbarkeit von so abstrakten islamischen Idealen mit konkreter Regierungsverantwortung, über die Rolle der Scharia, über die Rolle der Frau. Und gerade in den Staaten, die sozusagen an den nahöstlichen Kernkonflikt Israel-Palästina angrenzen, spielt natürlich auch die Frage einer Positionierung in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt eine Rolle. Und in dieser Debatte, und das finde ich jetzt interessant, ist ein Trend zu beobachten. Nämlich der Trend, dass es einen Kampf gibt um Deutungshoheit über ein islamisches Gesellschaftsbild. Und dieser Kampf wird nicht ausgetragen Muslimbrüdern gegen Säkulare, sondern auch von salafistischen Gruppen gegen Muslimbrüder. Und dieser Richtungsstreit findet jetzt in diesen Wochen und Monaten statt.

Und hieran würde meine zweite These anschließen. Es ist dieser Richtungsstreit, der westlichen Akteuren Anknüpfungspunkte bietet, um die Entwicklung zu beeinflussen. Wie kann der Kontakt zu islamistischen Kräften in Zukunft gestaltet werden? Das war ja auch die letzte Frage des Kataloges. Aus unserer Sicht werden hier vier Kriterien auszustellen. Und diese Kriterien erkennen zunächst einmal die politische Realität an und versuchen, von bisherigen Erfahrungen zu profitieren. Erstens: Es geht darum, einen inklusiven Dialog zu führen mit allen legitimierten Kräften, d.h., mit allen Kräften, die sich an Wahlen beteiligt haben, sich dadurch unter Beweis gestellt haben, dass sie Teil des politischen Prozesses sein wollen, und die über die nötige Relevanz verfügen, weil sie eben auch erfolgreich aus diesen Wahlen hervor gegangen sind.

Zweitens: Zu führen ist nicht nur ein Dialog westliche Akteure-Islamisten, sondern zu führen ist auch ein Dialog zwischen islamistischen Akteuren in den Ländern der Region und säkularen Oppositionsbewegungen. Und dabei ist, denke ich, auch wichtig, dass wir, wenn wir jetzt einen

Fokus legen auf einen Dialog mit dem Politischen Islam, dass wir unsere traditionellen säkularen Partner nicht vergessen. Das kann keine Entweder-Oder-Entscheidung sein.

Dritter Punkt: Dieser Dialog, der zu führen ist, sollte sich auf das konkrete Handeln der Kräfte beziehen, nicht auf abstrakte ideologische Ziele. Vorbedingungen von solch einem politischen Engagement, wie wir das beispielsweise 2006/2007 mit der Hamas in den Palästinensischen Autonomiegebieten getan haben, stärken die Hardliner, sie reduzieren politische Optionen und sie befördern Stagnation. Die Transformation islamistischer Akteure sollte ein Resultat unseres Dialoges mit ihnen sein, die Transformation kann keine Vorbedingung für diesen Dialog sein.

Denn dieser Dialog – und das wäre mein vierter und letzter Punkt – ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um Wandel zu fördern. Letzter Satz vielleicht: Die Umbrüche haben die Region sicher unberechenbarer gemacht und der Siegeszug der Islamisten ist eine Herausforderung für die Staaten in der Region und für – natürlich – die islamistischen Akteure, aber auch sicherlich eine Herausforderung für uns. Und wir sollten uns dieser Herausforderung stellen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Bröning. Wir kommen jetzt zu unserem Gast aus Frankreich, Herr Prof. Guidère.

Prof. Dr. Mathieu Guidère¹: Ich danke Ihnen für die Einladung. Es ist mir eine Ehre, hier in diesem Ausschuss über den Arabischen Frühling und die islamistischen Kräfte zu sprechen. Ich lebe seit 18 Jahren in der arabischen Welt, und ich würde hier gerne Deutsch sprechen, doch leider spreche ich alle Sprachen außer Deutsch. Also versuche ich es auf Englisch. Ich werde versuchen, die Situation anhand meiner Beobachtungen auf meiner letzten Reise in all jene Länder zu beschreiben, die vom Arabischen Frühling berührt wurden. Meine Untersuchungen habe ich in einem Buch mit dem Titel „The Islamist Spring: Democracy and Sharia“ veröffentlicht [Übersetzung des Titels: „Islamistischer Frühling: Demokratie und Scharia“].

In den vergangenen sechs Monaten habe ich mich mit der Ideologie und den Plänen aller neuen Parteien befasst, die seit dem Arabischen Frühling entstanden sind. Man muss wissen, dass es in all diesen Ländern die meiste Zeit über keine islamistischen Parteien gab bzw. dass solche Parteien, sofern es sie gab, verboten und unterdrückt wurden. Betrachtet man zum Beispiel ein Land wie Tunesien, so sieht man, dass sich dort seit Januar 2011 110 neue Parteien gebildet haben, von denen ein Drittel islamistisch ist. In einem Land wie Ägypten gibt es seit der Revolution vom 25. Januar 75 neue politische Parteien. In all diesen Ländern haben wir es also mit einer neuen politischen Szene, einer neuen politischen Landschaft zu tun, die Politikern und auch Experten bisher nur sehr wenig vertraut ist, denn wir sind all diese Parteien nicht gewohnt und haben ihnen bisher auch nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Wir stehen nun dem zweifachen Problem gegenüber, dem Problem der falschen Wahrnehmung und dem Problem der Fehleinschätzung der neuen politischen Landschaft und Situation in der MENA-Region. Die falsche Wahrnehmung rührt daher, dass wir zehn Jahre lang, von 2001 bis beinahe 2011 – also in einem Zeitraum, den wir als „terroristisches Jahrzehnt“ bezeichnen können – erklärt und in all unseren Demokratien und unter allen unseren Völkern den Eindruck verbreitet haben, dass fast alle Islamisten Terroristen sind. Und nun, von einem Tag auf den anderen, innerhalb eines Monats kommen wir von dem Ansatz, alle diese Islamisten als Terroristen zu bezeichnen, dahin, unseren Abgeordneten zu erklären, dass es keine Terroristen mehr sind, sondern dass sie versuchen, Demokraten zu werden. Das ist für unsere Abgeordneten schwierig zu verstehen, und noch schwieriger für die Menschen in unseren demokratischen Gesellschaften. Besonders in Frankreich haben wir große Probleme, diese Verschiebung der Islamisten vom

¹ Übersetzung erfolgte durch das Referat WI 1 beim Deutschen Bundestag.

Terrorismus zur Demokratie zu erklären. Die Fehleinschätzung liegt daran, dass wir nur sehr wenig über diese islamistischen Parteien, ihre Ideologie und ihre Ziele wissen, weil das alles für sie selbst auch neu ist. Es ist neu für sie, an der Politik teilzunehmen, ein Teil der politischen Landschaft zu sein. Und sie alle, all die Menschen, mit denen ich mich unterhalten habe während meiner Reisen und Untersuchungen dort – sie alle hinterfragen sich selbst. Sie sprechen über die Konversion zur Demokratie, und sie betrachten es als Konversion, denn zuvor betrachteten sie die Demokratie als die Religion des Westens. So lautete bislang das Motto der Propaganda. Die Demokratie anzunehmen, ist für diese islamistischen Kräfte sehr schwierig. Bislang gründete die Annahme der Demokratie auf theologischen und religiösen Annahmen. Fragt man zum Beispiel Islamisten – unbeirrte Islamisten, Menschen, die andere führen –, wie sie sich den Zusammenbruch der Regimes erklären, des Ben-Ali-Regimes, des Ghaddafi-Regimes, des Mubarak-Regimes, dann entgegnet sie: „Es war der Wille Gottes. Wenn Gott es nicht will, dann stürzt das Regime nicht.“ Die Regimes bestanden seit 30, 40 Jahren, falls sie also jetzt stürzen, dann deshalb, weil Gott es so will. Und das ist etwas Neues. Die Demokratie anzunehmen, weil man der Ansicht ist, dass Gott seinen Willen durch die Menschen zum Ausdruck bringt, durch die Menschenmassen, die die Regimes gestürzt haben, das ist neu. Es ist eine Rechtfertigung, ein Argument dafür, zur Demokratie zu gelangen, aber es ist kein gutes Argument dafür.

Von dieser Logik aus, der inneren Logik der islamistischen Parteien, gab es den Versuch, dies Phänomen als muslimische Demokratie auszudrücken. Sie versuchen, sich auf etwas hin zu bewegen, das sie „muslimische Demokratie“ nennen. Formal gesehen ist das ein demokratisches System, das sich auf den Prinzipien und Werten des Islam gründet, wie sie vom jeweiligen Land verstanden werden – und das ist völlig neu. Es ist völlig neu, diese religiöse Perspektive mit dem demokratischen System und der demokratischen Zielsetzung zu vereinbaren. Es ist schwierig. Es ist nicht leicht, denn manchmal stehen die Werte und Prinzipien der wichtigsten religiösen Strömungen dort im Konflikt mit den Werten und Systemen der Demokratie.

Demokratie ist nicht nur ein formeller Apparat aus Wahlen, Gesetzen, Abstimmungen und Abgeordneten. Sie ist mehr als das. Hinter dem demokratischen System stehen auch Werte und Prinzipien. Und das Problem, das wir heute haben, besteht tatsächlich nicht darin, die Demokratie und das demokratische System zur Anwendung zu bringen. Dies ist gewährleistet; wir können davon ausgehen, dass es gewährleistet ist. Niemand wird zurück zu einem System gehen, das formal gesehen nicht demokratisch funktioniert. Der Diskurs, die Debatte können sich nur um die Grundsätze und Werte drehen, die unserem Demokratieverständnis und unserer demokratischen Praxis entgegenstehen oder auch nicht. Das Problem ist das der Praxis. Wenn es an Erfahrung mangelt, der Erfahrung von Demokratie, dann ist die reale Umsetzung von Demokratie äußerst schwierig. Und diese neuen Parteien – von denen die meisten nie in der Praxis Politik gemacht haben – haben große Probleme damit, zu verstehen, dass Demokratie nicht gleichbedeutend ist mit dem Gesetz des Stärkeren, dem Gesetz des Siegers. Denn wenn ich mit ihnen diskutiere, sagen sie mir: „Wir haben die Wahlen gewonnen, also können wir jetzt unsere Agenda durchsetzen. Wir müssen die Scharia anwenden und brauchen keine weiteren Einwände anzuerkennen.“ Und dies ist die Schwierigkeit: zu erklären, dass Demokratie auch bedeutet, dass Minderheiten ein Recht auf Meinungsäußerung haben und dass Minderheiten – ob muslimisch oder nicht – das Recht haben, so zu leben und sich so auszudrücken, wie sie es möchten. Das ist ein pädagogisches Problem, ein didaktisches Problem. Wir brauchen eine Pädagogik für die demokratische Frage. Doch momentan ist das Hauptproblem dieser Länder das Problem der Sicherheit. Es ist nicht die Wirtschaftsfrage. Es gibt immense wirtschaftliche Schwierigkeiten. Es gibt immense soziale Schwierigkeiten. Aber das akute Problem betrifft die Sicherheit. Sicherheit deswegen, weil sich alle diese Länder fast in einem Bürgerkriegszustand befinden. Ich meine damit, dass quasi jederzeit ein Bürgerkrieg ausbrechen kann, weil es auf beiden Seiten Extremisten gibt. Ich meine die Extremisten auf Seiten der, nennen wir sie säkularen Kräfte und die Extremisten auf Seiten der

Islamisten, die beide versuchen, die gemäßigten Kräfte des Zentrums zu vereinnahmen. Dies ist die ganz reale Gefahr in diesen Ländern, mit der wir uns in den kommenden Monaten beschäftigen sollten. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, dass Sie sich so schön an die Zeit gehalten haben. Frau Professor Krämer.

Prof. Dr. Gudrun Krämer: Vielen Dank. Wenn man als Vierte spricht, kann man nicht mehr viel Neues sagen. Und es tut mir auch leid, dass ich quasi im Rücken der SPD-Fraktion spreche; das ist keinerlei politische Absicht, sondern reine Sitzordnung.

Der Vorsitzende: Frau Krämer, ich darf nur darauf hinweisen - auch vielleicht fürs Publikum -: Die Fraktionen sitzen heute hier bunt gemischt. So groß ist die SPD-Fraktion nicht.

Prof. Dr. Gudrun Krämer: Danke für die Korrektur. Obwohl wir uns heute auf Politischen Islam, politische Islamisten konzentrieren, ist wahrscheinlich jedem im Saale klar, dass wir bei der Betrachtung der konkreten Entwicklungsmöglichkeit die Islamisten immer als Teil eines größeren Gefüges sehen müssen, zu dem Islamisten und Nicht-Islamisten gehören, und dass das Verhalten einzelner islamistischer Persönlichkeiten und Gruppierungen sich maßgeblich danach richtet, wie andere Islamisten und nicht-islamistische Kräfte und das jeweilige Regime sich verhalten. Wir haben uns angewöhnt – und das wird in den Ländern selber auch so getan -, zu unterscheiden zwischen Islamisten hier und Säkularen dort. Das macht zu einem gewissen Grad auch Sinn. Bei der genaueren Betrachtung wird man feststellen, dass viele derjenigen, die als säkular bezeichnet werden, nicht Säkularisten sind, aber keine explizit islamistische Politik verfolgen. Und man wird auch sehr schnell feststellen, dass die Polarisierung im letzten Jahr zwischen den unterschiedlichen Kräften, namentlich die des islamistischen Lagers und des nicht-islamistischen Lagers, sehr stark voran geschritten ist. Und dass als Ergebnis dieser Polarisierung und des tiefen gegenseitigen Misstrauens Verschwörungstheorien in einer Weise wieder im Umlauf sind, die beunruhigend ist und die nicht nur in den Ländern selber das Klima vergiften, sondern zum Teil auch die Rede über die Entwicklungen doch sehr negativ prägen.

Ein Beispiel: Ein gängiges Erklärungsmuster für den erstaunlichen Erfolg der Islamisten in den Ländern des Arabischen Frühlings lautet, die Amerikaner hätten sie in diese Position gebracht, mit Unterstützung Katars, um eine anti-schiitische Achse zu stärken und Israel zu stützen. Wir müssen uns mit diesen Erklärungsmustern auseinandersetzen. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf unser Verhalten und bringt mich dann gewissermaßen schon auf den letzten Punkt. Wir vorhin schon gesagt, waren die Islamisten in keinem der Länder, in denen es Umwälzungen gegeben hat, die treibende Kraft. Sie sind aber so gut wie überall die Gewinner gewesen. Vielleicht ist Libyen ja eine Ausnahme. Und da müssen wir fragen: Warum? Möglicherweise aufgrund seiner besonderen sozialen und starken tribalen Organisation.

Ich gehe davon aus, dass die Islamisten auch in den kommenden Monaten und Jahren die bestimmende Kraft bleiben werden, wenn auch nicht unbedingt im selben Tableau wie jetzt. Wenn man sich beispielsweise Ägypten anschaut, sieht man, dass die Muslimbrüder schon in bestimmten Landesteilen unter bestimmten Bevölkerungsgruppen sehr stark an Kredit verloren haben, dass aber diejenigen, die sich von den Muslimbrüdern abwenden, nicht unbedingt ins linke, liberale oder säkulare Lager gehen, sondern ihre Stimme dann Salafisten geben, weil die aus ihrer Sicht nach wie vor für eine Alternative auf Moral, Tugend und Rechtschaffenheit, nicht Korruption-gerundete Ordnung stehen. Das muss man wissen. Die soziale Basis der Bewegungen wird uns in manchen Ländern heute etwas deutlicher als früher, ganz einfach weil es Wahlen gegeben hat und Abstimmungen und wir dadurch bessere empirische Daten erhalten. Ich halte das für außerordentlich wichtig. Vielleicht kann man ja in der Diskussion noch darauf eingehen, weil

es die Frage beantwortet, inwieweit Armut, Analphabetismus, Bildung, Wohnung in Stadt und Land einen Einfluss haben auf die Affinität zur Bindung an islamistische Kräfte oder nicht.

Die Differenzierung innerhalb des sehr weiten islamistischen Lagers hat sich über die letzten Jahre m.E. nicht wesentlich verändert. Sie wird sich aber stärker ausprägen und greifbarer werden. Strittig sind nach wie vor die Fragen, die seit Jahr und Tag strittig sind: Soll man sich maßgeblich auf das politische Feld begeben und die Politik zum Zentrum der eigenen Aktivität machen, oder soll man sich stärker auf die gesellschaftlichen, kulturellen Aktivitäten – natürlich auch das religiöse Feld – stützen? Soll man überhaupt sich von der Politik abwenden wie bestimmte, sehr breit verankerte Frömmigkeitsbewegungen das tun, die auch in das salafistische Lager hineinreichen?

Zweite Frage: Wie verhält man sich zur Gewalt? Das ist im Prinzip nicht neu, die Frage. Eher ist vielleicht die Zuordnung zum gewaltbejahenden oder gewaltverneinenden Lager verändert worden, insofern als nach meinem Eindruck im augenblicklichen Stadium die Ablehnung von Gewalt zugenommen hat. Das muss aber nicht so bleiben. Lokal oder international macht einen erheblichen Unterschied die Mehrzahl der islamistischen Bewegungen, die jetzt in Tunesien, Marokko, Jordanien, Ägypten oder auch im Jemen das Geschehen prägen, sind lokal verankert, haben überlokale Beziehungen – das gilt insbesondere für die Muslimbrüder -, sie sind aber nicht primär international ausgerichtet. Und dann ist wichtig die Unterscheidung zwischen sunnitischen Kräften auf der einen Seite und schiitischen auf der anderen. Und gerade in islamistischen Lagern, politischen islamistischen Lagern der Sunniten, ist ein ganz ausgesprochener anti-schiitischer Impuls zu bemerken. Das sehen wir ja nun nicht nur im Iran.

Es gibt also eine ausgeprägte Konkurrenz innerhalb des islamistischen Lagers, und es gibt sie seit 30, 40 Jahren. Sie hat sich nicht verringert. Ich denke, dass sie sich verstärken wird, je mehr auch die Möglichkeit der politischen Gestaltung den Islamisten gegeben wird. Die Spaltlinien sind u.a. wegen der genannten Fragen, wie man genau nun die Scharia versteht; ob man fordert, dass die Scharia als Ganzes Grundlage der politischen gesellschaftlichen Ordnung sein soll, oder die so genannten Grundsätze der Scharia, die da zu definieren sind. Die Frage natürlich, wie die politische Ordnung genauer gestaltet werden soll, wobei ich Guidère zustimmen würde, dass es eine wachsende Anerkennung eines rechtstaatlich verfassten demokratischen Systems gibt, was sich aber nicht zwingend in entsprechende Praktiken umsetzt, also eine entsprechende politische Praxis. Und vielleicht könnte man das am Beispiel Ägyptens oder auch Tunesiens noch etwas illustrieren, wenn man sich z.B. die Verfassungen oder die Verfassungsgebungsprozesse anschaut.

Was die externen Beziehungen angeht, gibt es Unterschiede, das wurde bereits gesagt. Wir haben nach meiner Kenntnis keine verlässlichen empirischen Daten über die Finanzströme und die sonstige Unterstützung, die vom Golf in die Staaten des Arabischen Frühlings fließen, sondern eine Vielzahl von Vermutungen, die sich gegenseitig bestärken und dann als Wahrheit und Weisheit wiedergegeben werden. Und diese Wahrheit und Weisheit lautet: Saudi-Arabien und Kuwait oder bestimmte Teile der saudischen und kuwaitischen Bevölkerung unterstützen die Salafisten, Katar unterstützt die Muslimbrüder, die Emirate halten sich zurück und haben sogar gerade mit der aktuellen ägyptischen Regierung ernste Konflikte, möglicherweise weil sich Teile des alten Regimes dorthin geflüchtet haben oder dort starke Bündnispartner haben. Iran ist ein Fall für sich, da kann ich selber nichts Originelles dazu sagen. Ich glaube, da wissen Sie mindestens soviel wie ich.

Ein Punkt, der erstaunlich wenig angesprochen wird, ist die Frage des Verhältnisses zur Ökonomie, zur wirtschaftlichen Ordnung, zu den Rezepten für eine wirtschaftliche Gesundung der

eigenen Gesellschaft. Und selbst, wenn unmittelbar jetzt die Sicherheitslage so bedrohlich ist in bestimmten Teilen der betroffenen Länder, so dass man sich schon ernste Sorgen machen muss, ist doch selbstverständlich, dass die Ökonomie das Hauptfeld des Erfolgs oder Misserfolgs auch der Islamisten darstellen wird. Und im Großen und Ganzen wird man sagen können, dass sie alle, von den Salafisten bis zu den gemäßigten Islamisten, eine kapitalistische Ordnung vertreten mit sozialem Gewissen. Was immer das im Einzelnen heißt – es wird den Islamisten vorgeworfen, sie seien zum Teil neo-liberal mit schwach ausgeprägtem sozialen Gewissen. Das, denke ich, kann man nicht so ohne weiteres stützen. Aber ich denke, wir sollten uns auch in dieser Diskussion, wenn Sie denn mögen, etwas stärker auf diese ökonomische Frage, die Frage der Ansätze der Islamisten hier noch konzentrieren.

Wo sie sich einig sind, denke ich, mit konkreten kleineren Abstufungen, ist die Frage der kulturellen gesellschaftlichen Ordnung. Sie streben einen Tugendstaat an. Ein Tugendstaat mit seinen positiven Möglichkeiten, aber auch seinen repressiven Potentialen. Auch das kann man vielleicht noch vertiefen. Was tun in dieser Situation? Wir sollten ebenso pragmatisch sein wie die pragmatischen Islamisten, sie sind ausgesprochen pragmatisch. Wir sollten, wie vorhin schon empfohlen, auf der einen Seite mit den Islamisten konsequent kritisch umgehen, konsequent kritisch, ohne die Rechthaberei, die uns so gerne eigen ist, und darüber die säkularen – vereinfacht gesprochen – Kräfte nicht vernachlässigen. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Professor Krämer. Frau Salah, ich hatte Sie vorhin schon begrüßt, auch Ihre wetterbedingte Verspätung entschuldigt. Sie haben das Wort.

Hoda Salah: Guten Morgen. Es tut mir leid wegen der Verspätung. In dem Papier, was Sie von mir bekommen haben, habe ich auch generell auf die acht Fragen geantwortet. Und jetzt möchte ich mich in meiner Rede etwas sehr auf Ägypten konzentrieren, damit Sie das als Beispiel auch haben und nicht, dass nur generell gesprochen ist wie im Papier.

Ich möchte zuerst etwas zur Funktion des Politischen Islam sagen, weil ich glaube, das wäre auch eine gute Basis für die Diskussion danach zwischen uns allen. Dann wissen wir, worüber wir überhaupt reden, weil jeder meint, Politischer Islam oder Demokratie oder Frauenrechte und meint damit was ganz anderes.

Politischer Islam ist auf jeden Fall eine wertkonservative Ideologie und sie erstrebt die Gesellschaft von unten, z.B. wie die Salafia-Gruppierungen es gemacht haben durch diese Missionierung oder von oben zu erobern, wie es z.B. die Dschihad, militante Gruppierungen oder z.B. die Muslimbrüder oder am [.....] der Revolution, dass auch viele Salafisten an Politik teilgenommen oder auch Parteien gegründet haben. Politischer Islam ist auf jeden Fall eine Einheit. Deshalb muss auch für uns alle klar sein, es teilt sich in verschiedene Strömungen. Und jetzt in Ägypten sieht man z.B., dass viele Familien militanter Dschihadisten, die die ganze Zeit im Gefängnis waren, seit der Präsidentschaft von Präsident Mursi aus dem Gefängnis sind. Und man denkt, dass die Muslimbrüder die Dschihadisten jetzt benutzen, genau die selbe Funktion wie Mubarak die Muslimbrüder damals benutzt hat. Davor hatten die Ägypter Angst, dass sie sagen, dann lieber Mubarak behalten als diese Muslimbrüder. Und jetzt sagen sie, lieber die Muslimbrüder haben als z.B. die Dschihadisten, die Gewalt verbreiten wollen im Land.

Dann haben sie eine gewaltfreie wertkonservative Ideologie, das sind die Salafisten. Und das ist, was wirklich auch für viele von uns – auch ich als ägyptische Deutsche – auch manchmal erschreckend ist, wie sie sehr am Wortlaut des Korans halten. Zum Beispiel in der Verfassung sieht man das, dass sie sehr auch an dieser Rolle der Frau im Haus halten, oder dass sie gegen die Kunst sind. Oder die ganze Äußerungen gegen z.B. Homosexualität, nicht nur, dass sie verleumden oder sie sind aggressiv dagegen, sondern sie verlangen harte Strafen z.B., was in Ägypten eigentlich nicht

so verbreitet ist. Dann haben Sie die Muslimbrüder und die Rechtskonservativen. Für Sie ist ganz wichtig auch zu wissen, dass es in Ägypten jetzt eine Welle von vielen Wissenschaftlern gibt, die schreiben, und sie entschuldigen die ganze Zeit. Ich bin auch eine von denen, die vor der Revolution gesagt haben, bitte, wir müssen die Muslimbrüder in die Diskussion einschließen. Wir sollen sie nicht ausschließen, sondern sie sind ein Teil des demokratischen Prozesses. Es gibt jetzt in Ägypten eine große Enttäuschung nicht nur von Seiten des nicht-islamischen Spektrums, sondern auch viele Islamisten innerhalb der Muslimbrüder. Es gibt einen Wandel, passiert nach der Revolution. Vor der Revolution gab es so viele Schriften auch von den Muslimbrüdern selbst, die halten sich an diese Spielregel der Demokratie. Es gibt sehr viele Schriften, dass sie für Pluralismus und Menschenrechte sind. Und nach der Revolution ist es passiert bei den Muslimbrüdern, genau auch bei vielen Säkularen oder dem nicht-islamischen Spektrum, dass sie gespalten sind. Auch die Muslimbrüder erleben das. Und jetzt merkt man, es gibt einen Wandel innerhalb der Muslimbrüder, dass viele moderate ausgestiegen und viele städtische Mitglieder sind. Und die Muslimbrüder jetzt sind von einer Elite, die kommt von den Dörfern, nicht aus Kairo und nicht aus den großen Städten, d.h. sie kommen mit sehr starker konservativer Ideologie, und noch dazu sind sie eine Wirtschaftselite, eine starke Elite, die sehr konservativ ist. Und sie gehen jetzt in Richtung nicht des moderaten Islamismus wie die Muslimbrüder, sondern richtig Salafismus. Das heißt, diese Strömung, die salafistische Strömung in der Muslimbruderschaft hat jetzt die Macht. Und dieser Wandel nach der Revolution hat viele erschrocken, selbst auch innerhalb der Muslimbruderschaft und auch von der ägyptischen Gesellschaft, die viel diese Bewegung unterstützt haben, und sie sind sehr enttäuscht über ihre Politikpraxen momentan.

Dann haben Sie natürlich eine linkskonservative islamische Bewegung in Ägypten, die sprechen so ähnlich, wie wir das hier von der CDU kennen, z.B. Leitkultur, Islam als Leitkultur. Aber sie verlangen nicht z.B., dass die Scharia mit ihrem Strafrecht durchgesetzt ist. Wichtig ist auch, was Frau Krämer gemeint hat, und das muss für uns auch sehr wichtig für unser Gespräch sein: Die Muslimbruderschaft ist eine wertkonservative Ideologie. Aber in ihren Praxen, in ihrer Wirtschaftsideologie ist sie eine neo-liberale Politik. Das heißt, dass es ganz wichtig für uns zu wissen ist, dass die [Zwischenrufe, nicht zu verstehen] Was ist los?

Der Vorsitzende: Lassen Sie sich nicht irritieren!

Hoda Salah: Aber wirklich sehr wichtig für unsere Diskussion danach, dass die Muslimbruderschaft in ihren Werten, in ihren Wirtschaftswerten eine neue neo-liberale Politik macht. Das sieht man auch an der Verfassung. Die Verfassung in Ägypten ist sehr enttäuschend für viele sozialistische und linke Kräfte, weil sie nicht die Arbeiterrechte z.B. schützt, oder die Gründung von Gewerkschaften, die unterstützt das nicht. Und das zeigt, dass es auch in Ägypten die These gibt, dass die Zusammenarbeit mit Europa, das wird auch schwierig für die Europäer und die USA z.B., wenn sie weiter mit den Muslimbrüder kooperieren wollen, weil sie natürlich keine Probleme machen werden wie auch [.....] die Zusammenarbeit z.B. zwischen Europa und Saudi-Arabien oder Katar oder die Golfstaaten. Die sind auch sehr fundamentalistische Staaten zum Teil, aber trotzdem ist ihre Politik eine neo-liberale und sie sind nicht gegen die internationale Wirtschaft. Das heißt, es gibt auch viele, die denken, dass es in Ägypten viel schwieriger wird, mit sozialistischen Kräften zu kooperieren, weil diese sozialistischen Kräfte in Ägypten auch momentan stark sind nach der Revolution. Sie wollen z.B., dass der Staat mehr eine große Rolle spielt als die freie Wirtschaft.

Aber trotzdem ist es wichtig für Sie zu wissen, dass die Islamisten in Ägypten und – ich glaube – auch in Tunesien sehr viel Unterstützung verlieren von der Bevölkerung. Aber ich glaube, sie werden trotz des falschen Wahlergebnisses an der Macht bleiben. Und das liegt nicht daran, dass die Islamisten so stark sind, auch während der Revolution, auch bei der Wahl waren sie nicht die

Stärksten, aber sie waren die Bestorganisierten. Vielleicht kann man das so sagen: Die Stärke der Islamisten liegt an der Schwäche der Opposition. Und die Opposition ist momentan in Ägypten sehr arm, die bekommen nicht so viel Geld von Katar und Saudi-Arabien. Auch in Europa ist man sehr vorsichtig mit der Unterstützung von anderen Kräften. Man hat diese Kräfte auch vorher nicht so sehr unterstützt. Und das heißt, es gibt in Ägypten eine hervorragende, auch intellektuelle Bewegung in der Gesellschaft, aber leider sind sie sehr arm. Was sehr gefährlich ist z.B., wir haben das an der Verfassung gesehen: Die Muslimbrüder auch bei dieser Verfassungsabstimmung haben in großen Städten in Ägypten verloren, aber sie haben gewonnen in den Dörfern. Und jetzt, wenn ich in Ägypten mit vielen Aktivisten diskutiere, die Opposition hat sogar z.B. kein Geld, um Büros zu bauen oder ihre Leute dort dorthin zu schicken. Das heißt, dass es momentan auch Mangel an Geld, an Ressourcen für die anderen Kräfte in der Gesellschaft mangelt. Ich denke, das ist auch sehr wichtig hier für die deutsche Politik, und das lege ich Ihnen wirklich ans Herz, es soll hier einen Wandel geben in der Politik, dass nicht mehr wie vorher immer an die Beziehungen zwischen den Regierungen gedacht wird. Es gibt in Ägypten viele, die meinen, dass viele Westler die Muslimbrüder unterstützen und sagen, wir müssen Dialog führen und alles und mit denen und kooperieren, aber sie lehnen das für ihre eigenen Länder ab. Das heißt, in Ägypten muss man auch diese Unruhe es gibt momentan große Unruhe, nicht nur in den großen Städten, sondern auch in vielen kleinen Städten. Man ist sehr enttäuscht. Und deshalb hoffe ich, dass in der deutschen Politik man auch mehr acht gibt auf die Interessen der Bevölkerung. Und ich sage Ihnen, das ist ganz erschreckend, wenn z.B. Präsident Obama meint, wir sind für die Demokratisierung in Ägypten, aber bei jeder Demonstration, wenn es Tote gibt, dann sieht man, dass das Tränengas von den USA nach Ägypten geliefert wurde (2011). Das sind unmögliche Sachen, und ich sage auch, es gibt in Ägypten – ich weiß nicht, wie kann man das bestätigen? -, es gibt auch deutsche Waffen, die in Ägypten benutzt werden gegen die Demonstranten. Und egal, was Sie hier für einen guten Willen haben, eine Kooperation mit Ägypten aufzubauen, oder z.B. einen Campus, was wir jetzt von der TU haben, z.B. Austausch in Bildung oder in Wasserprojekte, was Deutschland sehr gut macht im Dualen System, das ist sehr gut. Aber solange es diesen Waffenhandel gibt und die Menschen sehen, dass diese Waffen gegen sie benutzt werden, werden Deutschland oder der Westen auch trotzdem leider viele anti-westliche Haltungen der arabischen Welt und auch Ägypten kriegen können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Salah. Wir haben jetzt die Sachverständigen gehört. Ich bedanke mich auch noch mal sehr für die Zeitdisziplin. Dadurch haben wir jetzt genügend Zeit für Fragen und Antworten. Als erstes hat sich gemeldet Herr Hörster. Herr Hörster ist Mitglied der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. Joachim Hörster (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich habe einige wenige Fragen nur. Wir haben uns ja mit der MENA-Region schon befasst, bevor es den Arabischen Frühling gab. Und da spielte immer eine große Rolle: Lässt sich denn in arabischen, in muslimischen Ländern überhaupt eine Demokratie durchführen, weil ja sehr weit verbreitet die These gehandelt wurde, dass es im echten Islam eigentlich keine Trennung zwischen Staat und Religion geben kann, sondern dass der Staat Religion sozusagen umzusetzen hat? Als wir das diskutiert haben, hat sich keiner den Arabischen Frühling vorstellen können. Meines Erachtens müsste hinterfragt werden, ob es den Arabischen Frühling überhaupt gibt. Weil von Land zu Land die Bedingungen ja anders sind, sie sind unterschiedlich. Und die Muslimbrüder, die mit großer Stärke aus den ersten Wahlen hervorgegangen sind, waren ja eigentlich, wenn man die Szene genau beobachtet hat, für niemanden eine Überraschung. Denn die Muslimbrüder waren ja – gemessen an dem, was beseitigt werden sollte, nämlich die autokratischen und korrupten Systeme – die einzigen, die nicht mit diesen in einer Verbindung waren. Wer also jemanden wählen wollte in diesen Ländern, der nicht gefährdet war, hinterher als Nutznießer der Systeme entlarvt zu werden, da blieben eigentlich nur die Muslimbrüder übrig. Und auffallend ist – wenn man den Verfassungsprozess in Ägypten

betrachtet und in Tunesien betrachtet -, so ein schlichter Satz wie „die Menschenwürde ist unantastbar“ gibt es in keinem dieser Verfassungsentwürfe. Also, ich habe in keinem der Verfassungsentwürfe, die in den beiden genannten Ländern gehandelt werden, diesen Satz gefunden. Aber ich lasse mich ja gerne belehren, dafür haben wir ja die Sachverständigen.

Dann stellt sich die Frage: Wie geht es mit den Grundrechten? Es muss ja in jedem dieser Länder eifrig darum gekämpft werden, dass bisher schon vorhandene Errungenschaften z.B. auf der Ebene des Familienrechtes und der Gleichberechtigung von Mann und Frau auch unter den neuen Mehrheitssystemen erhalten bleiben, dass also auch die Bildung für jedermann zugänglich ist und anderes mehr. Da gibt es Probleme. Und z.B. in Tunesien, wo ich vor wenigen Tagen zusammen mit dem Kollegen Gloser gewesen bin, gibt es erhebliche Bedenken, was die Mehrheit in der verfassungsgebenden Versammlung betreibt, weil man höllisch aufpassen muss, ob nicht immer auf der einen oder auf der anderen Weise eine Vorschrift in die Verfassung hinein gebastelt werden soll, die einen Rückschritt gegenüber den bisherigen gesellschaftlichen Prozess darstellt.

Es ist hier schon gesagt worden, dass die soziale Situation in all diesen verfassungsgebenden Organen eigentlich unterbelichtet ist. Und da stellt sich für mich die Frage: Spielt denn am Schluss überhaupt die Frage der Religion im Kern noch eine Rolle, wenn die sozialen Schwierigkeiten nicht beseitigt werden können? Führt das nicht am Schluss zu einer Radikalisierung der Bevölkerung?

Und am Schluss habe ich eine Frage an alle, nämlich: Saudi-Arabien – wenn wir das, was wir überschauen können, zu Ende betrachten, ist Saudi-Arabien am Schluss ein [.....] Verbündeter oder ist es das nicht, wenn es um die Demokratie und die Menschenrechte in der arabischen Welt geht?

Der Vorsitzende: Als nächstes Herr Gloser. Herr Gloser ist Mitglied der SPD-Fraktion.

Abg. Günter Gloser (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, aber auch vielen Dank an die Sachverständigen. Voran möchte ich eine Frage schicken, die uns ja alle nach dem Ausbruch des Frühlings oder wie auch immer wir die Entwicklung bezeichnen, beschäftigt hat: Wird die Türkei plötzlich das Modell für diesen Transformationsprozess? Ich bin auch ein bisschen zu spät gekommen, ich weiß nicht, ob das beim ersten Beitrag vielleicht angesprochen worden ist. aber vielleicht können Sie nochmal sagen, wie Sie diese Ausrichtung denn das war ja eine Art Beruhigungsspiel sozusagen für manche, nicht für alle, für uns -, dass die Türkei möglicherweise ein Modell werden könnte.

Mein zweiter Punkt, den Sie ja verschiedentlich auch angesprochen haben, nochmal die Thematik, Abgrenzung zwischen den Muslimbrüdern und den Salafisten. Bei der ersten Wahl in Ägypten gab es ja auch bei uns einige Kommentierungen dazu, dass man sagt, jetzt sind diese beiden Gruppierungen/Gruppen in einem Konkurrenzverhältnis. Kann das aber auch dazu führen, dass die Muslimbrüder sagen analog gewisser politischer Aussagen auch bei uns in Deutschland, links oder rechts neben mir darf keine andere Partei bestehen? Dass die Muslimbrüder gesagt haben, ja, ich muss Inhalte aufnehmen, auch von den Salafisten, dass wir sozusagen ein Alleinstellungsmerkmal in diesem politischen Prozess haben – wie können Sie da die Situation beschreiben?

Kollege Hörster hat es gerade mal angesprochen, unser Besuch fünf Tage in Tunesien, auch mit Repräsentanten der An-Nahda-Partei, wo man oft gespürt hat auch, es gibt so liberale Kräfte. Wenn man das vielleicht auch noch mal so ein bisschen beschreibt könnte, wie Sie das Ringen vielleicht für Ägypten oder Tunesien sehen. Wo sind diese Akteure und wie kann man sie unterstützen?

Ein Punkt, den Sie adressiert haben an uns, ist nämlich die Sache auf der Ebene des Dialogs mit den moderaten islamischen Parteien. Wie sehen Sie aber den Dialog eigentlich zwischen den säkularen Parteien und den islamischen Parteien in den Ländern selbst? Also, ich will mir jetzt kein Bild von einem Land machen, aber wir haben den Eindruck gewonnen, dass die alle immer über einander reden und nicht miteinander reden, wobei ich auch sage, wenn man 40 Jahre lang in einem Land gelebt hat, wo es mehr oder weniger eine Partei gegeben hat und man auch als Parlamentarier keine Rechte hatte, war es auch nicht die Frage sozusagen, miteinander zu reden, denn es ist ja von oben vorgegeben worden. Aber können Sie uns da so einen Eindruck geben, ob das manchmal auch ein Potential von Konflikten in diesen Ländern ist?

Und noch mal zum Thema, das hat – glaube ich – auch Herr Guidère ganz gut auch angesprochen, die Rolle der Mehrheit und der Minderheit. Ich bin ja auch sehr dankbar, beispielsweise wenn ich Botschafter Kreft hier hinter mir sehe, dass das Auswärtige Amt, aber auch natürlich Stiftungen und andere Einrichtungen, in den letzten Monaten sehr den Dialog mit den moderaten Parteien von Nordafrika auch gesucht haben, vermittelt haben. Meine Frage ist nur: Wie schätzen Sie denn das ein? Wollen diese islamischen Parteien an einem Parlamentarismus festhalten, der eben auch die Rolle beispielsweise ganz ausgeprägt auch der Minderheiten berücksichtigt? Ich erinnere mich noch an einen Parteivorsitzenden aus Ägypten, der muslimischen Partei, der gesagt hat: Ja, wir haben so viel, aber es soll nie mehr in dem Land passieren, dass nur eine Partei regiert. Auf Deutschland bezogen, auf Bundesländer, könnte man dann gelegentlich auch sagen: Toller Vorschlag, warum gibt es das bei uns entsprechend nicht?

Der Vorsitzende: Das sagen Sie aus Bayern!

Abg. Günter Gloser (SPD): Aber ich wollte noch mal fragen: In Tunesien ist es interessant, auch was den Staatsaufbau angeht, dass die An-Nahda-Partei eher für ein starkes parlamentarisches Prinzip ist, nur eben im Hinterkopf zu sagen, da haben wir die Mehrheit, während es doch eine Reihe von säkularen Parteien gibt, die jetzt plötzlich doch wieder zurück wollen eher auf das präsidentiale System, so nach dem Motto: Ja, dann habe ich einen starken Präsidenten und der kann ja dann doch an irgendeiner Stelle eingreifen. Also, das ist auch noch mal die Frage, dieses Ringen, wenn Sie uns das noch mal etwas beschreiben könnten. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Gloser. Herr Stinner. Herr Stinner ist der Sprecher der FDP-Fraktion.

Abg. Dr. Rainer Stinner (FDP): Vielen Dank. Und vielen Dank auch an unsere Experten. Ich knappe nach wie vor an der Unterscheidung zwischen der Intension der Muslimbrüder politisch und der Intension der Salafisten primär religiös. Ich war neulich in der Region und habe in Saudi-Arabien und Katar versucht, mich da schlau zu machen, muss aber gestehen, I am as confused as before, but on a higher level! Und diese These ist ja hier heute von unseren Experten auch zum Teil angesprochen worden. Ich will das gerne noch einmal nachfragen. Und auch bei meinem Besuch dort war klar, dass natürlich Katar eine politische Agenda der Emanzipation hat, völlig klar und verständlich. Aber es ist mir nicht klar, immer noch nicht klar, welche Interessenlage Katar daran haben kann, Muslimbrüder aktiv zu unterstützen, das System Katars, die das Sagen haben. Und die zweite Frage ist: Wie ist wirklich zu verstehen, dass saudische Kräfte - Sind die tatsächlich im Königshaus angesiedelt oder nur geduldet? - Salafisten weltweit unterstützen? Und ist das nur eine religiöse Agenda oder haben Salafisten nicht auch implizit nicht immer eine politische Agenda? Wenn die Salafisten z.B. sagen, sie möchten die Scharia einführen, dann ist die Scharia jedenfalls in ihrer Umfänglichkeit – ich komme gleich darauf noch einmal zu sprechen – natürlich für uns auch eine politische Aussage. Und von daher möchte ich da ganz gerne noch Klarheit haben. Zum Beispiel die Frage, dass wir in Bosnien-Herzegowina,

Sarajewo, große Moscheen sehen, die angeblich oder offensichtlich aus Saudi-Arabien finanziert werden. Ist das ein politisches Statement oder wollen die nur ihren Glaubensbrüdern eine schöne Moschee hinstellen, damit die besser ihrem Glauben nachgehen können? Da hätte ich gerne noch mal eine weitere Sicht.

Damit leite ich über zu meiner zweite Frage: Rolle der Scharia. Es ist hier gesagt worden, man muss unterscheiden, ob man jedes einzelne Element der Scharia zur Grundlage der Gesetzgebung macht oder nur allgemeine Grundsätze. Und ich würde unsere Expertinnen und Experten bitten, das noch mal näher zu definieren: Was heißt denn das? Selbst in meiner oberflächlichen Betrachtungsweise unterscheide ich zwischen familienrechtlichen Bestimmungen und strafrechtlichen Bestimmungen, das ist ja ziemlich klar. Aber wenn Sie da auch ein bisschen näher drauf eingehen können, inwieweit denn tatsächlich die Scharia nicht nur als Grundlage, sondern auch wirklich in den Kodex eingegangen ist in Ländern wie Tunesien und Ägypten.

Die nächste Frage darauf ableitend ist: Können Sie etwas sagen, wie aus Ihrer Sicht jetzt die Verfassungsentwürfe in Ägypten und Tunesien sind und wie weit tatsächlich sich politischer Islam/Islamismus denn entsprechend durchgesetzt hat? Und damit zusammenhängend das Verständnis von Demokratie. Wir erleben ja in der Region, dass Opposition auch nach Wahlen, von denen wir sagen, sie sind weitestgehend okay gelaufen wie in Ägypten, weitestgehend mit einigen Abstrichen, dass die Opposition nicht anerkennen und [...] dass da andere regieren, die nicht ihre Meinung vertreten, also sich deshalb einem politischen Prozess verweigern. Und da hätte ich auch meine Frage, wie Sie das eigentlich hier entsprechend beurteilen.

Und das waren meine inhaltlichen Punkte. Jetzt möchte ich aber gerne noch eine Volksbildungsmaßnahme nachschieben. Wenn Sie den Liberalismus als Gegenmodell gegen alles das, was gut und schön in der Welt ist, bezeichnen, dann sagen Sie bitte „igitt igitt Liberalismus“ oder „schlimm Liberalismus“ oder „ganz schlimm Liberalismus“ oder „Scheiß Liberalismus“, aber sagen Sie bitte nicht „Neo-Liberalismus“, denn Neo-Liberalismus ist genau das Gegenteil von dem, was Sie damit ausdrücken wollten. Das nur als Bildungsmaßnahme; ich hoffe, sie wirkt.

Der Vorsitzende: Als nächstes Herr Gehrcke. Herr Gehrcke ist der Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE.): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Und auch Dank an die Gutachter. Ich könnte mich ja sofort mit Herrn Stinner in meiner Ablehnung des Neo-Liberalismus verbünden, wenn er den Neo-Liberalismus hier als das [...] in de Welt charakterisiert hat. Auf der Basis kann man ja was miteinander anfangen [...]. Ich möchte mich gerne auf zwei Fragen konzentrieren. Ich fand in dem Vortrag von Herrn Birringer sehr interessant die kurze Definition der Grundlinien der Politik von Saudi-Arabien, religiös orientiert, und von Katar, machtpolitisch orientiert. Ich weiß, dass die Facetten reicher sind, nicht nur die beiden Begriffe, aber ich fand die Schilderung nicht nur zutreffend, sondern meine Frage ist eigentlich: Gehört zum Wesen des Politischen Islams die Verbindung von religiöser Orientierung und machtpolitischer Orientierung? Ist das bei den beiden Ländern eine besondere Ausprägung oder entspricht das mehr dem Wesen? Die Frage wäre für mich auch interessant im Kontext, wie der so genannte Westen – ich benutze den Begriff nicht allzu gerne, aber mir fällt mim Moment kein anderer ein – damit umgeht. Ich glaube, dass es richtig ist, dass Erfahrungen auch mit westlicher Politik sehr wichtig sind in der arabischen Welt. Und die Erfahrung, die man gemacht hat und machen kann, ist, dass der Westen primär machtpolitisch orientiert auf den Politischen Islam reagiert hat.

Ich will ein paar knappe Beispiele sagen. Jeder wusste, dass die Wahlen in Gaza eine klare Mehrheit für die Hamas gebracht hatten [...] Aber das wusste jeder. Die Antwort des Westens

war, dieses Wahlergebnis wird nicht akzeptiert, sondern mit Sanktionen belegt. Eine eindeutig machtpolitisch ausgerichtete Reaktion. Jeder weiß, dass über Jahre wenige den Finger krumm gemacht haben, um den Muslimbrüdern in Ägypten irgendeine demokratische Chance zu geben. Nach der Umbruchsituation, wo klar war, die Muslimbrüder werden die kommende Macht sein, gibt sich jeder die Klinke in die Hand bei den Muslimbrüdern. Und säkular orientierte Kräfte, die es nicht leicht haben – damit meine ich nicht nur die Sozialisten in Ägypten, mit denen ich zusammen arbeite -, aber auch solche Kräfte wie El Baradei und andere standen ziemlich alleine da. Also, die Erfahrung in der arabischen Welt ist, dass der Westen primär machtorientiert agiert und nach Machtveränderungen auch bereit ist, seine politische Grundlinie zu verändern. Und mit diesem Erfahrungsprozess wird man umgehen müssen.

Und da würde mich – das wäre meine abschließende Frage – schon noch etwas interessieren, ob Sie einen weltweiten, zumindest geistigen Verbund des Politischen Islams völlig ausschließen oder man sich das nicht mehr vorstellen muss, dass viele Gruppen des Politischen Islams einschließlich der gewalttätigen Gruppen so etwa funktionieren wie eine Stiftung, die nicht in einem zentralen Verbund arbeiten mit einer vorgegebenen Linie, sondern jeweils politische Initiativen und auch gewaltsame Initiativen aufgreifen. Das muss man mal den Leuten erklären, warum man in Mali die Leute bombardiert und angreift, die man eigentlich in Syrien mindestens toleriert oder wirken lässt. Das gehört zu den Widersprüchen. Und mich interessiert da schon diese Verbindung um Machtpolitik und religiöse Ausrichtung und einer dementsprechenden ökonomischen Grundlage. Danke.

Der Vorsitzende: Als nächstes Frau Müller. Frau Müller ist die Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. Vielen Dank auch für Ihre interessanten Inputs. Ich möchte gerne an die Fragen anknüpfen, die Herr Stinner gestellt hat. Ich hätte auch ein Interesse, dass Sie die beantworten, nämlich die Fragen: Wie politisch sind eigentlich die Salafisten? Und wohin entwickeln sich die Muslimbrüder? Die Antwort dieser Fragen führt dann nämlich weitergehend zu meiner Frage, nämlich des strategischen Umgangs mit diesen politischen Kräften, was uns ja alle auch umtreibt. Und, Herr Bröning, Sie haben hier sehr wunderbar im Grunde dargestellt, was wir, glaube ich, alle teilen. Inklusiven Dialog haben Sie es genannt, mit diesen Kräften, nicht am konkreten Handeln orientiert, nicht am ideologischen Programm. Ich glaube, das ist so die Linie, die von der EU angefangen bis hier im Parlament wahrscheinlich zu allen Parteien, die wir tragen [.....] Ich komme gerade von der Herzliya-Konferenz, da habe ich sozusagen im Konflikt, im Streit diese Linie auch vertreten.

Ich will aber hier mal die kritischen Fragen stellen, die wir ja dort auch gestellt haben. In Israel bekommt man gesagt: Ihr seid alle abgrundtief naiv. Und zwar Europa und an der Spitze Obama. Und manchmal beschleicht mich sozusagen [.....] möglicherweise ist da was dran oder die Lösung liegt irgendwo inbetween. Der Vorwurf ist ja: ihr müsst wesentlich kritischer, ihr müsst mit wesentlich mehr Druck, ihr sucht euch die falschen Partner. Warum? Die Analyse ist dort eine ganz andere, und das, was man auch zu hören bekommt, die werden sich nicht auf den Weg der Demokratie begeben, sondern sie werden - Herr Guidère hat das angedeutet, nehmen wir mal das Beispiel Ägypten -, sie haben als Islamisten jetzt die Wahl gewonnen. Aus der Legitimität dieser Wahlen heraus werden sie ihr Programm durchsetzen. Nicht wie wir das finden, unter Wahrung der Rechte der Minderheiten, unter Einbeziehung des säkularen Spektrums oder unter Wahrung der Rechte der Frauen, sondern das, was sie eigentlich seit – na, wie lange gibt es die schon? – zwei Jahren, siebzig Jahren usw. vertreten programmatisch. Also sozusagen dieses Schreckensszenario: Irgendwann haben wir es in Ägypten ähnlich wie im Iran doch mit einem Gottesstaat zu tun und einer totalen Marginalisierung und Kriminalisierung der Säkularen, und

wir müssen unsere Politik total umstellen und dann ist vielleicht [...] Mich würde interessieren, wie Sie diesen Punkt einschätzen oder ob man dazu heute vielleicht keine Einschätzung abgeben kann, aber ob es möglicherweise schon die Gefahr gibt und was das für unsere politische Strategie bedeutet.

Ich will nochmal auf eine Sache hinweisen: Die Muslimbrüder in Ägypten - auch das war damals in Israel die gängige Analyse, hier haben wir das ganz anders eingeschätzt – hatten ja erst angekündigt: Wir wollen keinen [...] im Parlament, das werden wir [...] wollen wir nicht. Dann haben sie gesagt: Wir werden keinen Präsidentschaftskandidaten ernennen, wir werden uns gar nicht beteiligen am Präsidentschaftswahlkampf. Dann haben sie, als sie merkten, sie kriegen sozusagen viel größere Zustimmung als sie gedacht haben, nicht nur einen Präsidentschaftskandidaten ernannt, und zwar richtig aus der Mitte, aus dem Kernbereich, sondern der hat auch gewonnen. Take it all, the winner takes it all. So, was bedeutet das jetzt für die politische Entwicklung? Ich muss Ihnen sagen, das Gespräch, was wir mit Mursi hatten, hat mich nicht sehr optimistisch gestimmt. Es war kein richtiges Gespräch, aber trotzdem hörte man sozusagen in den Zeilen durch: Ihr mit euren Anforderungen, man braucht demokratische liberale Verhältnisse, damit z.B. Investoren kommen etc., ihr habt das nicht verstanden mit der Revolution, wir machen das hier mit der Revolution. Also, ich hatte nicht den Eindruck, dass in irgendeiner Form das von Interesse war, was wir hier auch der nachfolgenden Debatte [...] was bei der Körber-Stiftung [...] was wir hier an demokratischen Anforderungen stellen, überhaupt nicht. Und insofern [...] Ich meine, es steht z.B. ein großer Weltbankkredit aus, werden da Konditionen gestellt oder nicht? Was empfehlen Sie an politischem Umgang? Ist vielleicht tatsächlich diese Dialogstrategie ein bisschen zu naiv? Haben wir aber dazu eine Alternative? Weil das Negativ-Beispiel Hamas haben wir natürlich alle vor Augen, das sozusagen die Extremisten geradezu fördert. Aber man könnte natürlich auch die Strategie fahren, dass man viel stärker die Säkularen – was Frau Salah gesagt hat -, die Zivilgesellschaft ins Auge nehmen und fördert und unterstützt, statt sich sozusagen [...] Gut, das würde mich [...] Das ist eigentlich meine Hauptfrage.

Eine zweite Frage habe ich noch, vor allem an Sie, Herr Guidère. Das betrifft die radikal-islamistischen Entwicklungen in der Sahel-Region. Ob Sie da noch mal, weil wir das jetzt gar nicht hatten, sehr stark bei der MENA-Region [...] Ob Sie dazu nochmal etwas sagen könnten, inwiefern sich die Entwicklung dort unterscheidet von der in der MENA-Region, etwa Mali, dort ja nicht auf fruchtbaren Boden in den Gesellschaften trifft, oder inwiefern es auch in diesen Ländern eine zum Teil problematische Entwicklung ist oder sich anders darstellt als in der MENA-Region.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt fünf Wortmeldungen. Wir kommen jetzt gleich zu den Antworten in einer ersten Runde. Dann gehen wir in die nächste Runde.

Ich würde gerne noch eine Frage anschließen. Alle Fragen kreisen ja ein bisschen auch darum, wie man den Islam als politische Ideologie verstehen muss. Und könnte ein Schlüssel darin liegen, dass der Islam eine Gesetzesreligion ist, anders als das Christentum, und vielleicht eher wie das Judentum? Und dass eben wegen dieses Gesetzescharakters des Islam natürlich dann sozusagen der Abstand zur Politik geringer ist. Wäre das möglicherweise eine Antwort, auf die man sich dann dieser Frage nähern kann? Und vor allen Dingen, wenn es so wäre, wer ist dann letztlich der Gesetzgeber? Kommt der von oben oder sitzt der im Parlament?

So, und jetzt Herr Birringer – Sie haben das Wort.

Thomas Birringer: Ja, vielen Dank, meine Damen und Herren, für die vielen Fragen. Ich werde versuchen, diejenigen, zu denen ich etwas sagen kann, alle zu beantworten. Ich kann nicht zu allen etwas sagen, weil ich als Vertreter einer politischen Stiftung sicherlich eher den Zugang aus der

praktischen Arbeit in den jeweiligen Ländern habe als den eines Islamwissenschaftlers, der ich nicht bin. Von daher möchte ich mich ungern auf das glatte Eis wagen der Frage, inwiefern Demokratie und Islam grundsätzlich vereinbar sind. Ich glaube, für unsere Diskussion ist es wichtig zu schauen, wie ist es mit dem Islam, wie er in den Ländern, über die wir sprechen, praktiziert wird. Ich teile vollkommen die Analyse, dass es derzeit in den Ländern, in denen Akteure des Politischen Islam Wahlen gewonnen haben, diese diesen Wahlsieg verstehen als Freibrief nach dem Motto – Sie sagten es -: „The Winner takes it all!“, eben jetzt 100 Prozent ihre Macht umzusetzen. Sie befinden sich in der Hinsicht sicherlich in der Phase, wie ich eben schon sagte, ihre Macht erst einmal zu konsolidieren, bevor es an die Umsetzung einer bestimmten islamistischen Agenda geht. Ich warne allerdings davor, dieses Verhalten jetzt als Spezifikum für den Politischen Islam zu sehen. Die Säkularen hätten das ganz genauso gemacht und haben es ja ganz genauso gemacht, als die säkularen Eliten dort an der Macht waren. Deshalb fühlen sich ja in Ägypten und in Tunesien viele Menschen, die in Tunesien An-Nahda und in Ägypten Mursi gewählt haben, sehr gut an Mubarak oder Ben Ali erinnert, weil das genau die gleiche Form der Herrschaft ist, weil es eben „The Winner takes it all“ ist, wie es eben vorher bei Mubarak auch war.

Also das ist kein Spezifikum für Islamismus. Das ist in der politischen Kultur dieser Länder anscheinend tief verwurzelt, mag zu tun haben mit dem Islam. Schließlich sind auch die alten Herrscher ja Moslems gewesen.

Gibt es den Arabischen Frühling? Und gibt es die Islamisten als Gewinner? Ich würde sagen, es gibt den Arabischen Frühling schon. Es gibt aber nicht die Islamisten als Gewinner. Es war schon beeindruckend - als die Umbrüche begannen, war ich in Abu Dhabi. Und man hätte ja denken können, dass in den reichen Golfstaaten der Arabische Frühling nicht stattfindet oder als letztes ankommt oder so. Aber es war in der Tat zu beobachten, dass in der jungen Generation über alle arabischen Länder hinweg tatsächlich eine Aufbruchstimmung da war. Die Leute haben plötzlich den Mund aufgemacht, die Leute fingen plötzlich an, kritisch zu sein, über Politik zu diskutieren, kritische Fragen zu stellen. Also, diese Bewegung war da, die gab's. Was dann nicht mehr einheitlich war, ist die Art und Weise, wie es dann ausging und wer der Gewinner war und wie diese Gruppen dann vergleichbar sind oder nicht.

Türkei als Modell. Wenn Sie islamistischen Akteuren sprechen, hören Sie meistens eine Ablehnung dieses Gedankens, Türkei als Modell. Und zwar vor allen Dingen, weil die Türkei als säkularer Staat und in ihrer historischen Entwicklung sogar ganz entschieden abgelehnt wird von islamistischen Akteuren. Wo Sie sehr häufig einen Bezug hören auch auf die Türkei als Modell, ist der ökonomische Bereich. Die Türkei ist ja wirtschaftlich sehr erfolgreich, sie ist es unter einer Regierung der AKP, einer ja vielleicht auch islamistischen Partei, die ganz gezielt auch Politik macht für ihre Klientel, sprich: das, was wir in Deutschland vielleicht Mittelstand nennen würden, arbeitssame fleißige Menschen außerhalb der städtischen Zentren, für die wird dort Politik gemacht und das ist die Klientel von Erdogan, das hat zum Erfolg geführt. In der Hinsicht bezieht man sich gerne auf die Türkei als Modell. Aber eben nicht im Hinblick auf den Charakter des Staates als solchen.

Das bringt mich zu dem Thema Wirtschaft, denn da gebe ich Frau Prof. Krämer ganz entschieden recht, das ist ein Thema, das bislang in der Diskussion zu sehr ausgeblendet wird. Vielleicht dazu später noch mehr.

Einschätzung Saudi-Arabiens. Weil ich für die Stiftung am Golf gewesen bin, hatte ich auch einige Male das Vergnügen, da hin zu fahren und war überrascht darüber, wie offen in Saudi-Arabien über solche Fragen diskutiert wird. Viel offener als z.B. in Katar oder in de Emira-

ten. In Saudi-Arabien gibt es verschiedene Faktoren, die einen, was die Entwicklung dieses Landes angeht, nicht so ganz optimistisch stimmt. Da ist zum einen die Tatsache, dass in Saudi-Arabien eigentlich eine sehr schlechte Regierungsführung herrscht. Der große Ölreichtum ist sehr ungleich verteilt, es gibt in Saudi-Arabien richtig arme Leute und es gibt eine sehr schlechte Infrastruktur und da gibt es auch sehr viel Kritik, die auch sehr offen geäußert wird. Es gibt darüber hinaus in Saudi-Arabien sehr große regionale Unterschiede zwischen der schiitisch dominierten Ostprovinz am Golf, wo auch die Ölvorkommen sind, einerseits zwischen der sehr konservativen Hauptstadt Riad und zwischen dem vergleichsweise weltoffenen Jeddah am Roten Meer, wo auch die Pilger Richtung Mekka durchkommen und sehr viel Einfluss da ist als in anderen Teilen der arabischen Welt. Das strebt so ein bisschen auseinander. Darüber hinaus, wie gesagt, schiitische Minderheit ist ein Punkt, etwa 10 Prozent der Saudis, die sich diskriminiert fühlen in verschiedenerlei Hinsicht. es gibt darüber hinaus in Saudi-Arabien einen sehr großen Modernisierungsdruck. Es wurde jetzt wieder eine Hochschule eröffnet für 50.000 Frauen. Frauenhochschule – 50.000 Frauen haben da in einigen Jahren ihren Universitätsabschluss. Wird das wirklich funktionieren, in einer Gesellschaft diesen vielen gutausgebildeten Frauen jegliches öffentliches In-Erscheinung-Treten zu verbieten? Autofahren ist ja nur ein kleines Beispiel dafür. Also, große Konflikte sind da zu sehen. Und die Frage ist, ob das nicht im Zuge der Nachfolgefrage des Königs – derzeit regieren ja noch die Söhne des Staatsgründers, und der Übergang auf die Enkelgeneration, der muss jetzt irgendwann stattfinden, weil die sind alle schon weit über 70, die Söhne, die es da noch gibt -, ob das nicht im Zuge der Nachfolgefrage aufbricht. Insofern gibt es, was Saudi-Arabien angeht, einige Befürchtungen, was die Stabilität des Landes angeht. Und diese Wende des Arabischen Frühlings ist halt eben auch dort zu spüren.

Wer sind die Akteure aus Saudi-Arabien, die jetzt wahrscheinlich salafistische Gruppen überall in der arabischen Welt unterstützen? Und in der Tat, ich kenne auch keine empirischen Beweise für diese Dinge. Es ist auch nach allem, was man eben hört, was sich dort verdichtet, auch sehr unübersichtlich. Es ist nicht der Staat Saudi-Arabien, das sind einzelne Akteure, religiöse Stiftungen, Einzelpersonen – inwiefern die jetzt dem Königshaus angehören oder nahestehen, ist auch schwer zu sagen, da das Königshaus weit über 1.000 Mitglieder hat, von den man gar nicht im einzelnen weiß, wer da wo aktiv ist. Das ist also sehr schwer zu sagen. Ohnehin ist in einem solchen Land, in dem die Trennung zwischen dem Königshaus auf der einen Seite und dessen privaten Aktivitäten oder den Aktivitäten des Staates Saudi-Arabien [...], da ist sehr schwer eine Grenze zu ziehen. Es gibt da keine rechtlich klaren Unterscheidungen. Ja, vielleicht beantwortet das auch ein bisschen die Frage, die gestellt worden ist in Richtung Saudi-Arabien und Katar.

Wie politisch sind die Salafisten, wohin gehen die Muslimbrüder? In der Tat sind nicht alle Salafisten politisch. Der Salafismus ist in seinem Entstehen zunächst mal eine religiöse Bewegung, bei der es darum geht, zurück sich zu orientieren an die Ursprünge des Islam, sich zu orientieren an den frommen Persönlichkeiten in der Ursprungszeit des Islam und sich in der gesamten Lebensführung daran auszurichten. Und dann gibt es unterschiedliche Ausprägungen von Salafisten. Und nur ein Teil von denen versucht das in Politik umzusetzen und sozusagen eben auch anderen aufzuzwingen. Das ist nur ein Teil dieser Strömung.

Wohin geht die Muslimbruderschaft? Das fand ich ganz schön vom Kollegen Dr. Bröning, der sagte: Wird der Staat islamischer oder werden die Muslimbrüder staatstragender? Ich denke, es ist ein bisschen was von beidem, wird sich abspielen, denn wir müssen ja sehen: Mit dem Arabischen Frühling und mit den Wahlsiegen der Muslimbrüder kam ja eine ohnehin sehr stark vorhandene islamische Prägung der Gesellschaft an die Oberfläche. Und wenn der Staat, wenn die Gesellschaft in Wirklichkeit islamischer ist als es die säkular geprägten Staaten zuvor waren, dann kann man auch auf eine islamischere Art staatstragend sein. Insofern liegt da sicherlich die mögliche Entwicklung in der Mitte. Was wir allerdings weniger beobachten, ist die von vielen erwartete

Spaltung der ganzen Sache. Also werden sich da jetzt einzelne Parteien abspalten von den Muslimbrüdern, die pragmatischer sind als andere? Es gab immer mal wieder Abweichler, allen voran Abul Foutuh in Ägypten, der sich schon zum Präsidentschaftskandidaten erklärt hat, lange bevor die Muslimbruderschaft einen offiziellen Kandidaten aufgestellt hat. Das war aber ein Abweichler, und der wurde auch als solcher behandelt. Er hat eben keine neue Partei gegründet, mit der er erfolgreich gewesen wäre. Er ist eben auch ganz klar gescheitert bei den Wahlen. Er hat kaum Stimmen bekommen, 20 Prozent hat er bekommen. Er wurde aber als Abweichler gesehen. Und die Struktur der Muslimbruderschaft hat funktioniert und hat also getragen. Also, ob sich da jetzt neue Parteien institutionell herausbilden, da wäre ich skeptisch. Ich sehe das noch nicht, dass sich jetzt als Parteienspektrum da die Sache ausdifferenziert.

Vielleicht höre ich mal hier auf, ich bin schon deutlich über die Zeit.

Der Vorsitzende: Sie haben ja vorhin ein bisschen angespart, also von daher passt das schon. Herr Dr. Bröning.

Dr. Michael Bröning: Ja, vielen Dank. Ich würde mich auch bemühen, diese Fragen, die Sie hier gestellt haben, mehr aus der Perspektive des Praktikers zu beantworten. Ich habe für die Ebert-Stiftung die letzten sechs Jahre verschiedene Büros in der Region geleitet, in Jordanien in Amman und danach in den Palästinensischen Autonomiegebieten. Also da liegt meine Expertise und ich würde versuchen, diese Fragen auch vor dem Hintergrund dieser persönlichen Erfahrungen auch zu beantworten.

Herr Hörster, zu Ihrer Frage „Trennung Staat und Religion“. Das ist natürlich eine legitime Frage. Für mich ist das aber in erster Linie erst eine akademische Frage. Ich habe in meiner Zeit in Jordanien und Palästina eine Fülle von jungen und aktiven religiösen muslimischen Aktivisten kennengelernt, die demokratisch sind. Und denen zu erklären, dass sie leider keine Demokraten sind, weil ja im Koran dargelegt ist, dass es da einen eminenten Widerspruch zwischen Glaubensprinzipien und staatlicher Praxis, das mag ich nicht tun. Und ich glaube, dass diese Debatte ein bisschen in die Irre führt, weil, wenn wir das dann wirklich ausbuchstabieren, wir uns eigentlich aller Optionen berauben. Was ist denn das Ergebnis, wenn wir wirklich eine Bestandsaufnahme vornehmen und zu dem Schluss kommen, dass aus verschiedenen Gründen der Islam als Weltreligion mit der Demokratie als politisches Team inkompatibel ist. Dann können wir eigentlich auch die Sitzung jetzt schließen. Das ist aber auch sozusagen meine persönliche Erfahrung und Andere mögen andere Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt haben.

Ihre Frage war, wenn ich das richtig verstanden habe, auch, ob wir am Ende dieser Umwälzungen so etwas wie eine noch weitere Radikalisierung sehen werden. Ich halte das für möglich, aber ich fürchte, dass es nicht die wahrscheinlichste Konsequenz dieser Entwicklung ist. Und ich würde da das Beispiel Palästina heranziehen. In den letzten Monaten sind, wie wir das gehört haben, in sämtlichen Staaten der Region die Islamisten in Machtpositionen gelangt, in stärkere Machtpositionen als vorher. In Palästina ist dieser Prozess aber schon Jahre her, 2006, Wahlsieg der Hamas. Und ich glaube, dass man Palästina vor diesem Hintergrund durchaus als Modell betrachten muss, wohin die Reise gehen kann. Und das ist jetzt leider kein besonders positives und vielversprechendes Modell. Wir sehen ja, wenn wir uns die Palästinensischen Autonomiegebiete anschauen, eine völlige Diskreditierung der säkularen Kräfte, der Fatah, im Westjordanland, und ein zunehmendes Abwenden der Bevölkerung von der Regierungspraxis der Hamas in Gaza. Und was bleibt, ist eigentlich nur ein Rückzug aus der Politik, eine völlige Abwendung von jedwedem politischen Engagement, weil sämtliche Versuche, Politik konstruktiv zu gestalten, sei es säkular oder sei es durch Politischen Islam, bislang gescheitert sind, weil keine palästinensische Bewegung es bisher geschafft hat, ihre politischen Versprechen einzulösen. Das

liegt nicht unbedingt an den Akteuren, sondern es liegt einfach vor allem an der politischen Großwetterlage, und das hat gravierende Auswirkungen auf die Akzeptanz des politischen Systems. Und ich denke, dass das eine mögliche Entwicklungsrichtung sein kann, die wir in den künftigen Jahren auch in der Region beobachten können.

Günter, deine Frage zur Türkei als Modell. Ich würde das ein bisschen anders sehen als mein Vorredner. Sicher gibt es enorme Spannungen zwischen islamistischen Politikentwürfen und Erdogan. Aber ich denke, dass gerade in etwas moderateren Flügeln islamistischer Parteien Erdogan als absolutes Erfolgsmodell gesehen wird. Ich erinnere mich an ein Gespräch, das wir mit dem damaligen stellvertretenden Außenminister in Gaza geführt hatten, also Hamas-Vize-Außenminister war das damals, der sagte: „Erdogan statt Taliban.“ Er hat auch einen Aufsatz darüber geschrieben. „Erdogan statt Taliban – das ist die Richtung, in die die Hamas gehen soll.“ Das ist sicherlich keine Mehrheitsmeinung in der Hamas per se, aber es gibt solche Stimmen.

Die zweite Frage war „Dialog zwischen Säkularen und Islamisten.“ Findet so ein Dialog in der Region statt? Ich denke, er findet kaum statt. Was wir stattdessen beobachten, ist eine in weiten Teilen Obstruktionspolitik auch der säkularen Kräfte. Und damit müssen wir uns, denke ich, auch ein Stück weit an die eigene Nase fassen. Wir müssen uns fragen, ob wir eine konstruktive Rolle der Säkularen durch unser eigenes Verhalten stärken oder ob wir dieses nicht tun. Und wenn Mursi in Ägypten zu einem Dialog aufruft und die säkulare Opposition sagt: „Führ den Dialog doch mit dir selbst“, dann kann das keine konstruktive Politik sein.

Die Frage vom Abg Stinner – Saudi Arabien: Warum fördert Saudi-Arabien Salafisten? -, zunächst ist das ja nichts Neues. Das ist keine Reaktion auf den Arabischen Frühling und das bezieht sich auch gar nicht nur auf die Region Naher Osten und Nordafrika, sondern tatsächlich auch auf Westafrika als geographisches [.....] In Mali, Senegal finden sich solche Strukturen seit vielen, vielen Jahren. Und ich erinnere mich, dass ich vor 15 Jahren eine Dienstreise nach Senegal und Mali gemacht habe, und auch tatsächlich diese Moscheen gezeigt bekommen habe, saudische Gelder. Die Reaktion war: „Da geht keiner rein. Das ist uns egal, das hat keine Auswirkungen.“ Ich glaube, die Situation stellt sich jetzt tatsächlich etwas anders dar. Aber festzuhalten ist, das ist keine neue Politik, sondern das ist eine alte Politik, die dezidiert entwickelt wird, um ein Gegengewicht gegen den Siegeszug der Muslimbrüder aufzubauen. Und da muss man halt sich auch vergegenwärtigen, dass die Muslimbrüder ja dem saudischen System auch konträr entgegenstehen. Die Eskalation und Spannung zwischen der ägyptischen Regierung und dem saudischen Königshaus sind ja auch in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich geworden.

Ja, Herr Abgeordneter Gehrcke, das ist natürlich die Hamas-Frage, die ich gerne versuche, zu beantworten oder da zumindest meine Erfahrungen darzustellen. Grundsätzlich ist die Tatsache, dass wir diese Diskussion, wie wir sie jetzt führen, so konstruktiv führen, natürlich schon ein Novum. Und auch die Akzeptanz der Umwälzung nicht zuletzt durch die Obama-Regierung ist ein Novum. Ich erinnere nur an 1991, Sieg der Islamisten in Algerien; 2006 in Palästina – da spielte die Musik noch ganz anders. Also, in den vergangenen Monaten haben wir ja grundsätzlich erst einmal diese Ergebnisse akzeptiert. Und das ist natürlich grundsätzlich auch klug, wenn man eine Politik entwickeln will, die Anknüpfungspunkte mit der Realität vor Ort hat. Ich denke, dass die Hamas in diesem Fall kein Sonderfall ist. Und ich denke, dass da wahrscheinlich auch in der Diskussion hier die Bruchlinie sich auftun wird. Die Hamas ist kein Sonderfall, sondern ist Teil dieser Bewegung. Und aus meiner Sicht ist dieser politische Boykott der Hamas nicht aufrechterhaltbar. Das ist eine Binsenweisheit Es gibt keinen jüdischen und demokratischen Staat ohne die Zwei-Staaten-Lösung, es gibt keine Zwei-Staaten-Lösung ohne palästinensische Einheit und es gibt keine palästinensische Einheit ohne eine Einigung mit der Hamas. Im Dezember hat

die Hamas das 25-jährige Jubiläum gefeiert. Sie werden auch das 40. Jubiläum irgendwann feiern. Die Frage ist nicht, ob sie uns akzeptieren, sondern ob wir sie als Akteur akzeptieren.

Gibt es einen weltweiten geistigen Verbund der Islamisten? Ich denke, es gibt keine Islamistische Internationale. Was es gibt, ist schon ein Wertekanon, der gleich ist. Das bezieht sich aber nicht auf Gruppierungen, die Al-Qaida-nah sind. Natürlich gibt es da internationale Netzwerke, wo etwa Kämpfer für Afghanistan rekrutiert werden. Aber mit dieser Entwicklung ist die Muslimbruderschaft als Ganzes nicht gleichzusetzen.

Frau Müller, Ihre Frage zu Israel: Sind wir naiv? [.....] Also, ich denke, das es schlicht und einfach eine Frage ist, die politischen Realitäten anzuerkennen. Und letztlich tut dies auch Israel. Die Mär, dass die Hamas von Israel fundamental boykottiert wird, stimmt ja nicht ganz. Gefangenenaustausch, Gilad Shalid, palästinensische Gefangene, Waffenstillstandsverhandlungen – man akzeptiert die Hamas ja durchaus als politischen Akteur. Das Problem ist nur: Wir akzeptieren sie nur dann, wenn sie Gewalt anwendet. Und wenn sie dies nicht tut, akzeptieren wir sie nicht. Und da müssen wir uns, glaube ich, fragen, welche Flügel und welches Verhalten wir in der Hamas durch diese Politik stärken. Ja, ich glaube, dabei belasse ich es.

Der Vorsitzende: Frau Müller, ich würde sagen, machen wir es nachher in der nächsten Runde. Wenn Sie vielleicht einfach die Fragen oder waren Sie schon fertig? Das war soweit. Dann kommt jetzt Herr Professor Guidère.

Prof. Dr. Mathieu Guidère²: Ich danke Ihnen. Ich würde gerne in kurzen Antworten historische Aspekte und eine Innensicht vorstellen, die hier wichtig sind. Wenn wir dies verstehen wollen, müssen wir den ethnozentrischen Standpunkt verlassen. Vom historischen Standpunkt aus betrachtet schlage ich daher vor, dass wir nicht mehr über den Islam sprechen, sondern über Islamismus. Solange man nämlich vom Islam spricht und darüber, ob der Islam mit der Demokratie vereinbar ist, ob man zwischen Islam und Politik trennen kann und so weiter, werden wir zu keiner Lösung kommen, denn in der Geschichte – in der 14 Jahrhunderte alten Geschichte des Islam – gibt es alle Konstellationen. Es gab Konstellationen, in denen Islam und Politik verschmolzen waren, solche, in denen die Kalifen von der Politik getrennt waren, solche, in denen religiöse Kleriker an der Politik beteiligt waren. All diese Konstellationen findet man, und bisher stehen uns alle Möglichkeiten offen. Sprechen wir also nicht über den Islam und die Frage, ob er als Religion mit der Demokratie vereinbar ist oder nicht. Der Islam ist eine Religion. Islamismus hingegen ist eine Ideologie, eine politische Doktrin. Sprechen wir also über Islamismus als politische Doktrin.

Der zweite methodologische Punkt besteht darin, die Innenperspektive dieser Menschen zu übernehmen, und die Innenperspektive dieser Menschen beschäftigt sich ganz einfach mit vielen der Fragen, über die wir hier sprechen. Zum Beispiel die Frage der Scharia: Die Scharia wurde in der islamischen Welt von Marokko bis Pakistan 13 Jahrhunderte lang angewendet. Das ist nichts Neues. Sie wurde 1300 Jahre lang angewendet, und das endete erst mit dem Ende der französischen Kolonialisierung, der britischen Kolonialisierung und nach 50 Jahren westlich geprägter Regimes. Doch während all dieser Jahrhunderte wurde die Scharia angewendet. Also haben wir es mit Menschen zu tun; die Großväter und Urgroßväter der Menschen, die heute dort leben, haben ein politisches System und gesellschaftliche Verhältnisse erlebt, in denen die Scharia angewandt wurde.

Und der zweite Punkt ist, dass fast ein Drittel der islamischen Welt gegenwärtig die Scharia anwendet. Also ist das nicht neu, und die Forderung, die Scharia anzuwenden, wird eine zentrale

² Übersetzung erfolgte durch das Referat WI 1 beim Deutschen Bundestag.

Forderung der islamischen Parteien bleiben. Es gibt keine islamistische Partei, die nicht die Scharia einführen will, also müssen wir uns mit ihr beschäftigen. Wie wird sie angewendet? Was ist die Scharia? Um die Frage nach der Rolle der Scharia zu beantworten: Es gibt drei Hauptkodizes in der Scharia – den Familienkodex, den wirtschaftlichen Kodex und den Strafkodex. Der Familienkodex, der Gesetze zum Familienrecht enthält, Erbschaftsgesetze, Adoptionsgesetze, Gesetze zu allen Fragen, die mit Familie zu tun haben, kommt fast überall zur Anwendung. Der Wirtschaftskodex, der Gesetze zum Handel, zu Beziehungen zu anderen Ländern enthält, wird im Rahmen dessen angewendet, was man als islamische Finanzen bezeichnen kann, mit eigenen, sehr spezifischen, jedoch meistens liberalen Regeln zu Wirtschaft und Finanzen. Und schließlich der Strafkodex, der die meisten Probleme aufwirft und der festlegt, welche Sanktionen und Bestrafungen Menschen auferlegt werden – Hände abhacken und Steinigungen und all diese Strafen. Und dies ist der einzige Teil der Scharia, der heute Probleme bereitet, denn er lässt sich unterschiedlich interpretieren, und diese unterschiedlichen Interpretationen sind nicht neu.

Die Auslegung der Scharia im Islam ist von unterschiedlichen Rechtsschulen abhängig, und diese Rechtsschulen bestehen schon seit Hunderten von Jahren – die meisten von ihnen wurden im 18. Jahrhundert gegründet. Im sunnitischen Islam, der die Mehrheit darstellt, gibt es vier Rechtsschulen. Nimmt man Nordafrika außer Mauretanien – also Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen –: dort wird nur die Lehre einer Rechtsschule angewendet, die der malikitischen Rechtsschule. In anderen Ländern existieren andere Rechtsschulen, und diese Gesetze, diese Kodizes, diese Anwendung der Scharia bestehen schon seit 13 Jahrhunderten. Also haben die Richter eine echte Rechtstradition und wissen, wie all das im jeweiligen Land anzuwenden ist. Und darum müssen wir die Geschichte betrachten, um zu verstehen, was vor sich geht und welche Vorbilder diese Gruppen vor Augen haben. So viel zur rechtlichen Frage.

Auch auf der politischen Ebene gibt es ein historisches Vorbild, das die Gruppen vor Augen haben. Die islamische Welt war bis 1924 immer unter der Herrschaft eines politischen Führers, des Kalifen. Man kann natürlich sagen, dass es Staaten gibt. Es gibt in verschiedenen Ländern das, was wir Wilaya [Verwaltungsbezirke] nennt, es gibt einen Staat in Marokko, einen Staat in Tunis, einen Staat in Tripolis, einen Staat in Damaskus, einen Staat im Irak. Aber alle diese Staaten standen früher unter derselben Herrschaft, dem Kalifat. Und dieses utopische Modell war bis 1924 in Kraft, als Kemal Atatürk die Institution Kalifat in der Türkei abschaffte. Einige der Islamisten wollen nun zu diesem Modell zurückkehren – offensichtlich wollen einige, ein Teil von ihnen, dorthin zurück. Und sie wollen die Vereinigung der Umma, eine Wiedervereinigung der islamischen Länder. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie einen Weltkrieg oder einen Krieg gegen den Westen möchten. Die angestrebte Wiedervereinigung hat eine religiöse Grundlage und auch einen politisch-historischen Hintergrund.

Kommen wir zu der aktuellen Situation. Was ist mit der Machtpolitik? Ganz einfach: Machtpolitik ist nicht mehr möglich. Man kann nicht 25 Prozent der Wählerschaft bombardieren, weil sie die Salafisten gewählt haben. Das ist nicht mehr möglich. Man kann gegen die Hamas Sanktionen verhängen, weil das eine kleine Partei in einem Land ist, über das ein vollständiges Embargo verhängt ist, aber man kann keine Machtpolitik ausüben, wenn es sich um eine große und massive Bevölkerung handelt, wie in Ägypten oder sogar in Tunesien und Libyen. Wir haben also keine Wahl. Ist Dialog ein naiver Ansatz? Ja, er ist naiv, aber wir haben keine andere Wahl.

Wie geht man strategisch mit diesen Gruppen um? Wir müssen strategisch vorgehen, nicht ideologisch, denn wenn wir uns auf die ideologische Ebene begeben, kommen wir zu keiner Lösung, das ist offensichtlich. Wir müssen pragmatisch sein. Es ist klar, dass wir pragmatisch sein müssen.

Denn wenn wir über Ideologie und Werte und Vereinbarkeit diskutieren, werden Jahrzehnte vergehen, bevor wir zu einer Lösung finden.

Ich gehe nun auf die Frage zum radikalen Islamismus in der Sahel-Zone und die Entwicklung dort ein. Was in der Sahel-Zone geschieht, ist absolut eine Folge des Arabischen Frühlings. Und zwar ist Folgendes geschehen: In Nordafrika gab es bis zu den Umwälzungen in Ägypten Regierungen, die als säkular bezeichnet wurden und die autoritär waren, Diktaturen, die Probleme hatten – wirtschaftliche Probleme und so weiter. Nach dem Arabischen Frühling gibt es nun Regierungen, in denen Islamisten eine dominante Rolle spielen, und die islamistische Opposition gegen diese Regierungen ist nicht mehr zutreffend. Ein Islamist kann nicht gleichzeitig Gegner einer islamistischen Regierung sein. Also zogen die islamistischen oppositionellen Gruppen [Anm. d. Übers.: Im Englischen eigentlich „Islamist governments“, vermutlich ein Versprecher] – und ich spreche hier insbesondere von der bewaffneten Opposition und den Dschihadisten – in den Süden, wo es Länder gibt, in denen die Mehrheit muslimisch ist, Länder, die immer noch in derselben Lage sind wie ehemals die Länder Nordafrikas, Länder, die sich als säkular bezeichnen, unabhängig davon, ob es dort Diktatoren oder autoritäre Regimes gibt; all jene Faktoren also, die es zuvor in Nordafrika gab, gibt es auch in der Sahel-Zone und in Westafrika. Ein islamistischer Gegner jener Regimes zu sein, ergibt also Sinn, hat auch heute noch Bedeutung. Und das ist das, was gerade geschieht. Was in Mali passiert ist, war eine Bewegung von Dschihadisten und islamistischen Oppositionellen aus dem Norden in den Süden, wo sie im nördlichen Mali die Scharia einführen wollten. Wir können sie also alle als Terroristen behandeln, aber ich bin der Ansicht, dass wir uns eine andere Strategie zum Umgang mit diesen Kräften überlegen müssen.

Und schließlich zu den säkularen Kräften, die wir vielleicht zutreffender als westlich geprägte Kräfte bezeichnen sollten, denn es gibt in den meisten Fällen nichts wirklich Säkulares in diesen Ländern. Hier haben wir es mit Menschen zu tun, die so westlich geprägt sind, dass sie unter den neuen Regierungen keine andere Identität haben können, weil sie mit der Grundlage übereinstimmen, der islamischen Identität. Und da die Mehrheit mit dieser islamischen Identität übereinstimmt, ist es sehr schwer, zu sagen, dass man ungläubig ist oder sich von der Mehrheit unterscheidet. Ich danke Ihnen.

Der Vorsitzende: Frau Professor Krämer, bitte.

Prof. Dr. Gudrun Krämer: Das mit den Standhaften, das gilt für Sie wie für uns. Der Vorwurf, dass wir naiv seien im Umgang mit den Islamisten, kommt ja keineswegs nur aus Israel, sondern auch aus den jeweiligen arabischen oder islamisch geprägten Ländern selbst. Aber ich denke auch, dass wir keine Alternative zu unserem pragmatisch-kritischem Umgang mit islamistischen wie jeden anderen politischen Kräften in der Region haben, wenn wir uns nicht umgekehrt dem Vorwurf aussetzen wollen, wir würden einmal mehr den mehr oder weniger demokratisch ausgedrückten Willen eines großen Teils der Bevölkerung missachten, weil er uns nicht passt. Ich meine, die Problematik keiner konsequent kritischen Haltung erkennt man doch sofort, wenn man unseren Umgang mit Saudi-Arabien – nach dem ja auch gefragt wurde – betrachtet. Saudi-Arabien ist die islamistische Vormacht in der Region, das alles das durchsetzt, was wir den Islamisten als aktuelle oder künftige Politik vorwerfen. Keine Grundrechte, keine Menschenrechte, keine Frauenrechte, keine Perspektive, die von staatlicher Seite vorgegeben wird. Allerdings eine sehr interessante, sehr lebendige und auch kritische intellektuelle, auch in Businesskreisen vertretene Elite, wenn Sie so wollen, die sehr viel interessanter ist als wir das häufig denken. Aber sonst steht Saudi-Arabien für all das, was wir verdammen. Und wir stützen es politisch, wir unterhalten politische Zusammenarbeit und wir liefern Waffen nach Saudi-Arabien. Also das muss man doch einfach von vornherein noch einmal voraus schicken,

wenn man die sehr schwierige Frage unseres Verhältnisses zu dem aufgekommenen oder aufkommenden politischen Kräften in der Region betrachtet.

Ich möchte aber gerne mich etwas stärker auf das konzentrieren, was quasi mein Hauptgeschäft ist, noch mal die Frage Islampolitik, Verfassung, Scharia, Muslimbrüder, Salafis. Es ist sehr zu Recht gesagt worden, dass wir klugerweise zwischen Islam auf der einen Seite und Islamismus auf der anderen Seite unterscheiden. Und dass eine Grundannahme, dass der Islam bzw. die Muslime kraft ihres Glaubens nicht demokratisch sein könnten, einfach nicht hilfreich ist. Die Empirie spricht dagegen, und zwar 1.500 Jahre der Empirie oder fast 1.500 Jahre, und die Gegenwart spricht auch dagegen. Es ist einfach nicht hilfreich, den Muslimen zu sagen: Ihr könnt keine Demokraten sein [...], weil der Koran nach unserer Lesart euch das nicht erlaubt. Das ist Unsinn und das ist nicht hilfreich.

Allerdings würde ich sehr unterstützen, was Herr Polenz eingangs sagte: Im Prinzip wird von Muslimen das verlangt, was von frommen praktizierenden Christen, Buddhisten und Juden auch verlangt wird, nämlich dass ihr Glaube in Alltagshandeln übersetzt und dass dieses Alltagshandeln auch eine politische Dimension hat, auch eine politische Dimension. Es kann ja nicht anders sein; ich meine, warum hätten wir sonst engagierte Christenmenschen in repressiven Regimen, die im Namen ihres Glaubens gegen eine autoritäre Herrschaft auflehnen? Oder Buddhisten oder Juden.

Und der andere Punkt, dass – wie das Judentum – der Islam eine stärkere Orientierung hin auf das Recht hat, im Prinzip vom Ansatz her eine Gesetzesreligion ist, obwohl die Empirie wiederum zeigt, in der Vergangenheit wie in der Gegenwart, dass Muslime sehr wohl praktizierende Muslime sein können in einer Ordnung, in der das islamische Gesetz nicht gilt. Das ist z.B. in Indonesien der Fall oder in den zentralasiatischen Republiken, von den europäischen oder sonstigen westlichen Staaten gar nicht zu reden. Und auch in der Vergangenheit – da muss ich Ihnen widersprechen – ist es nicht so, dass die Scharia immer integral angewandt worden wäre. Sondern neben ihr haben sich - ganz wichtig – gewohnheitsrechtliche Praktiken immer behauptet, und die haben häufig überhaupt nichts mit Islam zu tun. Und die Setzung der Herrschenden, und die konnten islamischen Rechtsregeln diametral widersprechen, z.B. bei der Zinsnahme oder Erbrecht und anderen wichtigen Punkten. Also, es ist nicht richtig, dass die Scharia immer und überall gegolten hat. Es ist aber eine islamistische Annahme, dass sie überall und immer gelten müsse. Und es ist auch nicht richtig, dass die islamischen Länder über Jahrtausend oder mehr als ein Jahrtausend unter einer Obrigkeit des Kalifen gestanden hätten – seit dem 10. Jahrhundert christlicher Zeitrechnung ist dem nicht so. Und das sind mehr als 1.000 Jahre und die können wir nicht einfach ignorieren. Also, die politische Einheit ist wiederum eine Utopie der aktuellen Islamisten und sollte von uns als solche auch wahrgenommen werden als politisches Programm.

Muslimbrüder – Salafis. Es ist jetzt mehrfach gesagt worden, ich kann das nur unterstützen, dass sie vieles gemeinsam haben. Die Vorstellung, dass es möglich ist, im 21. Jahrhundert einen Staat zu gründen, der auf den Grundlagen des Islams basiert und dem sich alle Menschen, Muslime wie Nicht-Muslime, an den Regeln des Islam ausrichten. Und dass diese Regeln im Koran zu finden sind und dass der Prophet Mohammad selbst vorgelebt hat, wie man richtig leben muss, und dass die Scharia den Rahmen abgibt, gesetzlich wie moralisch, der dieses islamische Leben markiert. Die Unterschiede liegen darin, dass unter den Muslimbrüdern – das ist vorhin auch schon angedeutet worden – und anderen Islamisten ein Bewusstsein dafür entstanden ist, dass wir im 21. Jahrhundert leben, dass die Scharia nicht einheitlich ist, dass sie interpretiert wird und zwar von Menschen, die heute leben in ihrer eigenen Gesellschaft und das deswegen hier Bewegung entstehen muss und dass auch das politische System nicht einfach das eines gedachten Kalifats aus dem 9. Jahrhundert wieder aufgreifen kann. Wohingegen unter den Kräften, die wir als Salafisten

bezeichnen, die sich selber zum Teil auch als Salafisten bezeichnen, viele nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, dass sie zwar im 21. Jahrhundert leben, aber für dieses 21. Jahrhundert die Regeln des 7. gültig sind und dass man diese auch umsetzen kann, indem man die Scharia ganz und gar umsetzt.

Wenn Sie nun aber sich das ganz konkret vorstellen, dann sehen Sie sehr schnell, dass es unmöglich ist. Die Scharia ist kein Kodex, das ist nicht einheitlich, sie besteht aus zahllosen Regelungen, die nicht einheitlich sind und die immer sortiert und gewichtet werden müssen. In der ägyptischen Verfassung – um die mal als Beispiel zu nehmen – steht im § 2 (der neuen ägyptischen Verfassung), dass die Grundsätze der Scharia die Hauptquelle der Gesetzgebung seien. § 219 sagt, dass die Grundsätze Scharia sich aus den allgemeinen Prinzipien und den rechtstheoretischen und rechtspraktischen Grundsätzen der vier sunnitischen Rechtsschulen ergeben müssen. Das ist ein riesiger Korpus von Texten, die nur ein Fachmann übersieht, wenn überhaupt. In § 4 steht, dass bei Scharia-relevanten Fragen die Meinung der Azhar-Universität anzuhören sei, zu konsultieren sei, nicht zu übernehmen, anzuhören sei. Und § 175 sagt, dass über die Verfassungskonformität aller Gesetze das Oberste Verfassungsgericht bestimmt.

Also, erstens muss man durch diese gesamte Verfassung springen, was hier eigentlich Sache sein soll. Und zweitens ergibt sich ein relativ komplexes Gebilde. Und ich glaube, das zeigt sehr gut, dass die Forderung, Scharia ganzheitlich oder in ihren Grundsätzen umzusetzen, eine Forderung ist, die nach konkreter Operationalisierung ruft und dass die Verfassung, so wie sie die Islamisten jetzt ausgearbeitet haben, hier keine ganz klaren Richtlinien gibt, sondern in einem Hin und Her von modernen demokratischen rechtsstaatlichen Prinzipien und Berufung auf die Scharia konstruiert ist. Und das ist von vornherein auf Konflikt hin angelegt, und die Praxis wird zeigen, wer hier woran anknüpft. Die Menschenwürde z.B. wird in dieser Verfassung als Naturrecht bezeichnet, Naturrecht. Und Islamisten, die sonst das Naturrecht gar nicht anerkennen, die Unverletzlichkeit der Person, des Wohnortes, des Post- und Briefgeheimnisses etc. werden alle anerkannt. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz wird mehr als einmal betont, die Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger wird in der Präambel betont. Es ist alles drin, aber mit diesen Scharia-Referenzen abzugleichen, das wird das Problem sein, weil dann alles von der Praxis abhängt und die wird nicht einfach im Parlament gemacht, sondern – wie wir jetzt sehen – auf der Straße.

Ein Punkt noch, wenn ich kann. Wenn sich Mursi und andere führende Politiker des Landes gegen das Angebot eines IWF-Kredites sperren, dann m.E. nicht so sehr, weil sie mit einer liberalen – und das Neoliberale war ja eine Kritik an den Islamisten; ich habe nicht gesagt, dass sie eine neoliberale Politik verfolgen -, wenn sie also sich verweigern gegen diesen Kredit, dann liegt es m.E. nicht daran, weil sie an den liberalen Grundsätzen des IWF und anderer Instanzen grundsätzlich zweifeln, sondern weil den massiven Abbau von Subventionen bedeutet. Das wissen sie sicherlich auch. Subventionen, von denen immer noch ein beachtlicher Teil der Bevölkerung abhängt, und jeder weiß, dass in der unruhigen Situation, die wir jetzt haben, ein massiver Abbau der Subventionen für Brot und Benzin, das jetzt schon so mangelhaft ist, dass die Schlangen sich bilden vor den Tankstellen, zu massiver Unruhe führt. Und deswegen schreckt eine Regierung selbstverständlich davor zurück, sehenden Auges, hier entsprechend Maßnahmen zu treffen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Salah.

Hoda Salah: Es wurde oft hier die Frage gestellt, ob z.B. die Salafisten eine religiöse oder eine politische Bewegung ist, und ob Saudi-Arabien politische oder religiöse Ziele hat, und ob Katar nur Machtziele hat. Und ich wünsche mir vielleicht in der Zukunft, dass ein Denkwechsel und Paradigmenwechsel in der Politikwissenschaft und auch an der Politikberatung [.....], weil diese Teilung, die auch [.....] hilft niemandem. Diese Teile zwischen religiöser oder politischer Bewe-

gung. Ich glaube, wir brauchen eine große Definition von Politik, weil, was wir hier auch in Deutschland haben, reicht das uns jetzt, wenn wir sagen, wir beobachten z.B. die Salafisten, wenn sie sagen in einer Sache, okay, wir stehen vielleicht auch für die Prinzipien der Verfassung Deutschlands. Aber gleichzeitig, wenn man tiefer geht, in jeder Agenda sieht man, dass sie anti-westliche Haltung haben, dass sie frauenfeindliche Haltung haben und Homosexuelle z.B. oder für Freiheiten usw. Das heißt, die Frage oder was ich mir wünsche, dass wir die Fehler der Vergangenheit nicht noch einmal wiederholen.

Sie erinnern sich alle – wir waren alle überrascht, dass eine Revolution in arabischen Ländern passiert ist. Aber diese Überraschung, finde ich, das lag am Mangel unserer Selbstanalyse und Politikberatung selbst. In der Politikwissenschaft, ich habe Ihnen vorhin erzählt, das war immer die Betonung auf dieser Analyse von Gesellschaften von oben; was ist die Beziehung Deutschlands mit z.B. Ägypten; was ist die Verfassung von Ägypten? Und man hat vernachlässigt die Lebendigkeit, die Debatten, die Diskussionen in Ägypten und auch in vielen arabischen Ländern. Und wie lebendig ist das, das wurde total ausgeblendet von uns, weil wir nur an diese Elite des Landes oder an die Regierung gedacht haben. Ich hoffe in der Zukunft, dass wir das ändern, dass wir natürlich noch diese Politikanalyse von oben anschauen, was gibt es in der ägyptischen Verfassung oder tunesischen Verfassung, was machen die Muslimbrüder. aber gleichzeitig, was gibt es von Bewegungen in der Gesellschaft, weil die haben wir vorher nicht gesehen, wir haben vorher das nicht gesehen, auch bei der DDR, beim Wandel in Osteuropa. Wir haben das total auch vernachlässigt damals, wir waren auch überrascht von diesem Mauerfall. Und jetzt sind wir überrascht von dieser Änderung in der arabischen Welt. Und deshalb, wenn Sie vielleicht auch Vergleich machen mit politikwissenschaftlichen Analysen vor der Revolution, dann Sie kamen alle zu dem Schluss, in der arabischen Welt gibt es Stagnation, es gibt keine Änderung, alles Stillstand, und es gab auch manche harte Theorien, die ich auch als rassistisch empfinde. Die haben gemeint, das hat vielleicht mit der Mentalität der Araber oder mit diesem Patriarchalismus und dass sie eine Vaterfigur brauchen. Und als diese „Väter“ gestürzt sind, das hat uns alle überrascht. Deshalb finde ich es auch falsch, wenn wir sagen, ob das jetzt Arabischer Frühling ist oder nicht; ich finde, natürlich ist es Arabischer Frühling. Wenn ich jetzt Vergleich mache, was passiert in den arabischen Ländern vor zwei Jahren und jetzt, alle diese Machthaber sind gestürzt. Viele [.....] ägyptische und tunesische und auch im Jemen selbst über Geschlechterfragen. Frauen sind sehr sichtbar geworden, man sieht das. Man sieht die Änderung der Moral, man sieht die Debatten. Es gibt z.B. in Ägypten Debatten über Atheismus. Das war vor der Revolution unvorstellbar. Ich meine, diese Lebendigkeit, das müssen wir auch sehen. Und deshalb plädiere ich dafür, dass wir diese [.....] auch die Gesellschaft sehr mit einbeziehen und die Politikberatung und auch Politikanalyse.

Die zweite Sache, auch wieder, ich würde sagen, wir machen den selben Fehler, wenn wir sagen, ist es jetzt eine religiöse Bewegung oder eine politische Bewegung? Sie erinnern sich auch, in den meisten Forschung, das ist wirklich eine [.....] Ich selbst, ich versuche auch mal meine Perspektive zu ändern in der Wissenschaft. Aber wir haben [.....] viele von uns waren sehr überrascht zu hören, es gibt die Salafisten und sie wollen an die Macht kommen. Weil in unserer Analyse haben wir immer die Salafisten als religiöse Bewegung. Aber wir vergessen die Einstellungen, die Ideen, die die Menschen auch haben, die beeinflussen sehr ihre Politik und ihre Wahlentscheidungen. Und deshalb ich finde es ganz wichtig, dass wir diese Teilung nicht mehr machen. Was ist religiös, ist auch politisch und alles, was wir tun, [.....] ist auch sehr politisch. Und was wir handeln, ist auch politisch. Deshalb ich finde, diese Teilung hilft uns nicht; im Gegenteil, wir müssen auch religiöse Bewegungen in ihren Werten auch sehen, ob sie wirklich übereinstimmen mit Menschenrechten oder nicht.

Die Debatte über die Verfassungen in Ägypten und auch in Tunesien, natürlich, das war ein Kampf und die nicht-islamischen Kräfte haben verloren. Und auch die liberalen Kräfte bei den Islamisten selbst haben verloren. Deshalb es gab ein [...] viele islamistische Tendenzen, sie wollten auch eine offene Verfassung haben, aber sie haben verloren. Der Kampf, momentan ist es so, das habe ich vorhin angedeutet, es gibt einen Wandel in der ägyptischen Gesellschaft. Und es gibt auch einen Wandel in der Muslimbruderschaft. Die Muslimbrüder, wie gesagt, die liberalen davon, die sind ausgegangen und sie haben jetzt ihre eigene Partei. Da gibt es zum Beispiel eine Partei, die heißt „Das starke Ägypten“. Und ich habe gestern gerade Studium darüber, dass es eine von den guten Praxen, wie man Demokratie ausüben kann in einer islamischen Partei. Das heißt, man sieht [...] Aber diese Leute sind raus. Und jetzt ich glaube, die Muslimbrüder kämpfen sehr mit ihren militanten und auch salafistischen Strömungen innerhalb der Muslimbruderschaft. Man sieht auch, dass bei der Hamas es genau das selbe ist. Das heißt, momentan gibt es eine Krise, dass eine Radikalisierung in der Gesellschaft von Ultra-Rechts-Konservative und Ultra-Links-Konservative [...] haben auch jetzt große Militanz z.B. in Ägypten, auch von linksradikalen Gruppierungen. Und ich meine, dass diese Radikalisierung und populistische Diskussionen haben dazu geführt, dass leider die Verfassung viele Erwartungen enttäuscht haben. Es gab z.B. einen Streit, großen Streit, ob man wirklich wie in Europa das machen kann, auch diese 21 Artikel, die nicht veränderbar sind. Und da gab es große Diskussionen darüber und da haben die linken Islamisten und auch die säkularen Kräfte verloren.

Und jetzt haben sie eine Radikalisierung innerhalb der islamistischen Bewegung, auch in der Verfassung. Da sehen sie, es gibt auch diese Artikel für Menschenrechte, die Menschenwürde ist unantastbar usw. Aber wenn sie noch tiefer gehen, dann sehen, ob hier oben steht, Frauen und Männer sind gleich berechtigt, sie haben die selben Rechte, das ist wunderbar. Aber unten auf einmal, die große Aufgabe der Frau ist Schutz der Familie, und auf einmal gibt es Worte, die wir nicht kennen in Ägypten, die ägyptische Identität, die ägyptische Familienstrukturen müssen geschützt werden. Das heißt, wenn ich eine Analyse zur ägyptischen Verfassung mache, es gibt eine große Angst um Freiheit, die große Angst und dann möchte man das alles so festigen. Oben steht, wir sind alle gleichberechtigt, jeder Mensch hat seine Freiheit, es gibt keine Minderheitsdiskriminierung. Aber wenn man tiefer geht, dann sieht man, Frauen – ihre Hauptrolle ist Familienschutz. Sie sind die Tragenden der ägyptischen Identität. Was ist ägyptische Identität? Was ist ägyptisch? Ist das islamische oder die pharaonische oder die arabische oder die römische oder die griechische? Wir haben auch eine sehr reiche Kultur, und was bedeutet das? Dann auf einmal die Rolle Al-Wasat, das war vorher nicht, was macht jetzt diese neue religiöse Initiation. Dann haben wir unten z.B. was mich sehr stört auch, dass über die Arbeiterrechte und die Meinungsfreiheit, das wird oben alles garantiert und unten unter großer [...] z.B. dürfen in Ägypten nur eine Gewerkschaft, es darf nicht verschiedene Gewerkschaften für den selben Job usw. Das ist, was ich meine, die Verfassung widerspricht selbst sich und zeigt die große Angst haben die, die das gemacht haben, Angst vor der Freiheit. Und ich bin selbst noch nicht entschlossen, ob das richtig war, die Aktionen von linken Islamisten und auch säkularen Kräften in dieser Debatten bei der Verfassung. Sie sind oft rausgegangen und sie haben gesagt, wir können nicht so Dialog führen, weil das ist gegen Menschenrechte. Wir haben unsere Werte und wir können nicht dagegen [...], wir können das nicht mitdiskutieren.

Aber ich habe das Gefühl, es gibt auch in Ägypten einen großen Mangel an Praxen an Demokratie und die Islamisten leiden über die Radikalisierung ihrer Gruppierungen und die Säkularen leiden auch über die Radikalisierung ihrer Gruppierungen. Und dieser Dialog ist leider vor der Revolution war viel besser als jetzt. Vor der Revolution gab diese Demonstrationen von beiden Lagern zusammen, haben diskutiert, wie wird ein zukünftiges Ägypten sein. aber leider, leider ist die Macht jetzt über die radikale Flügel von jedem Spektrum und in der Mitte steht wirklich nur Dialog über diese nicht parteiische Bewegung, z.B. die Jugendlichen. Und ich glaube, diese

Gruppierungen, die Jugendlichen, und diese Multiplikatoren, die muss man unterstützen, und vielleicht diese demokratische Strukturen bauen zu können.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Wir kommen jetzt einmal in die letzte halbe Stunde unserer Anhörung. Ich habe noch im Augenblick drei Wortmeldungen von den Kollegen. Und dann kommen wir noch einmal zu einer Abschlussrunde unserer Sachverständigen. Als erstes jetzt Herr Mützenich von der SPD-Fraktion.

Abg. Dr. Rolf Mützenich (SPD): Ja, vielen Dank. Entschuldigung, dass ich jetzt den Rücken Ihnen zuwende. Ich würde gerne einige Aspekte noch mal aufgreifen, und vielleicht jetzt nicht mehr – weil es ja in der ersten Fragerunde schon angesprochen worden ist. Aber ich glaube, dass es letztlich auch in den nächsten Jahren ein Dilemma auch für die so genannten Bewegungen des Politischen Islams gibt: Auf der einen Seite sozusagen ihre historische Form, ihren historischen Auftrag zu behalten und auf der anderen Seite sozusagen für den Staat, für die Nation, für alle Menschen verantwortlich zu sein, auch im politischen Handeln. Das kann natürlich auf eine gewisse Differenzierung, vielleicht auch Widersprüchlichkeit zulaufen.

Aber ich wollte mich vielleicht auch auf noch ein paar andere Fragen konzentrieren. Mich interessiert insbesondere noch mal ein bisschen die wirtschaftspolitische Philosophie, was einige der Expertinnen und Experten im Hinblick auf die Frage von Privatisierung und auch die Möglichkeit angesprochen haben, wie sich das Wirtschaftssystem entwickelt. Das würde ich gerne noch mal mit zwei Fragen ergänzen, insbesondere wie das Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung ist. Sie haben das gerade noch mal angesprochen für Ägypten; aber sozusagen nicht nur aus einem praktischen Verhältnis, sondern die Akzeptanz von Arbeitnehmerin- und Arbeitnehmerinteressen im Betrieb und sozusagen auch für die Ausbreitung eines sozialpolitischen Ansatzes in diesen Gesellschaften. Wird das so akzeptiert oder schafft man eher die Voraussetzung, dass man sagt, hier ist sozusagen nur derjenige, der gewählt worden ist, in einem politischen Prozess berechtigt, sich an solchen Fragen auch an eine Ausgestaltung der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik zu beteiligen.

Zweiter Aspekt, der mich noch mal interessieren würde, ist das Verhältnis zur Frage der Bildung. Wie frei ist Bildung? Wie stark ist sie sozusagen vom Koran inspiriert und welche sozusagen Lehren stoßen dann auch in der Bildung auf Widerstand? Ich will das jetzt nicht eben nur sagen, dass das in islamischen Gesellschaften eine Rolle spielt, sondern das haben wir ja auch in anderen Gesellschaften auch.

Zweiter Aspekt, die Frage des staatlichen Gewaltmonopols und insbesondere auch gerne noch mal das Verhältnis zur Armee. Gibt es sozusagen aus der Entwicklung auch der Umbrüche in der arabischen Welt eine andere Sicht auf die Institution der Armee durch Vertreter des Politischen Islams?

Ich mache das jetzt einfach noch ein bisschen kürzer. Dritter Aspekt, der angesprochen worden ist - das habe ich nicht so ganz nachvollziehen können -: Wählerverhalten, Wählerstruktur. Ich hatte eigentlich jetzt nicht den Eindruck gehabt, dass es einen klassischen Gegensatz Stadt-Land gibt im Wahlverhalten auch für die so genannten Bewegungen des Politischen Islams, sondern möglicherweise in den Städten selbst eine große Differenz. Aber vielleicht haben Sie dazu noch mal ein paar Anmerkungen zu geben.

Vierter Aspekt, der mich vielleicht noch mal insgesamt auf die Diskussion unter dem Politischen Islam führt: Kann man wirklich sagen, dass der ägyptische Präsident Mursi bemüht ist, sozusagen die Führungsfigur bei der politischen Definition des Politischen Islams zu werden? Ich will das mal herleiten aus dieser Diskussion, die auf der Konferenz islamischer Staaten in Teheran gewe-

sen ist, wo er ja sozusagen auch – glaube ich – an die vier Nachfolger Mohammeds erinnert hat, sozusagen auch ein bisschen provoziert ganz bewusst. Also leitet auch der ägyptische Präsident eine Definitionsmacht her und versucht sozusagen auch dieses Feld zu belegen. Und in dem Zusammenhang: Können Sie sehen, ob es einen Dialog zwischen sunnitischen und schiitischen Kreisen über die Auslegung auch der politischen Beteiligung oder der Ausgestaltung eines politischen Systems gibt? Also, diskutiert man darüber oder ist das sozusagen von der Alleingegensätzlichkeit, die sich auch durchaus aus der Geschichte heraus ableitet, auch in dem politischen Dialog gegeben?

Letzter Punkt: Sehen Sie Ansatzpunkte, dass hier in Europa lebende Muslime sich an der Diskussion über die Ausgestaltung des Politischen Islams beteiligen? Und haben sie sozusagen auch eine besondere Rolle in dieser Diskussion? Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Herr Ströbele.

Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke. Ich habe eigentlich zwei Fragen, was die Zukunft anbetrifft. Wie wird es voraussichtlich weitergehen? Und wie ist einzuschätzen die Entwicklung in Algerien? Wenn ich das richtig sehe, das wichtigste Land eigentlich, über das bis hierher überhaupt noch nicht gesprochen worden ist, die ja vor vielen Jahren auch eine islamistische oder islamische Mehrheit, Wahlmehrheit, hatten, und die dann mit sehr rigoroser, brutaler Gewalt durch das Militär ausgeschaltet worden ist, derzeit – sagen wir mal – eine untergeordnete Rolle spielt oder so wenig eine Rolle spielt wie in Ägypten vor dieser Revolution. Also, ist es denkbar, dass es eine Entwicklung in einzelnen dieser Länder, so wie in Algerien, dass das wieder ein roll back gibt, beispielsweise gefördert und durchgesetzt durch das Militär? Oder ist die Alternative, es wurde jetzt immer genannt die Türkei, aber ich nenne ein anderes Land: Iran. Iran hat auch eine revolutionäre Entwicklung hinter sich, wählt im Augenblick, hat also die äußeren – was Sie gesagt haben -, die demokratischen Formen, bildet die Regierung jedenfalls sehr weitgehend durch Wahlen. Aber da haben wir ein völlig anderes Regime, möglicherweise auch deshalb, weil da ein charismatischer geistlicher Führer war, der dann so eine Art Nachfolge von Mohammed angetreten hat. Das heißt, sind diese beiden Varianten, die nun völlig gegensätzlich sind, sind die ein Beispiel? Oder muss man sagen, dass diese Länder überhaupt kein Beispiel sind, weil es sich beides um Länder handelt, die ökonomisch selbstständig sein können, also sogar andere Länder unterstützen können, weil sie beide Öl haben? Was ja bei den meisten anderen dieser Länder, über die jetzt bisher geredet worden ist, zumindest nicht der Fall ist.

Und damit komme ich zu der zweiten Frage: Ist es nicht entscheidend, wie bei anderen Revolutionen auf der Welt in der Vergangenheit und in der Gegenwart auch, wie die ökonomische, die soziale Entwicklung in diesen Ländern ist? Das heißt, wenn die Massen in Ägypten, Tunesien, wo auch immer in diesen Ländern, wenn die nicht spüren, uns geht es besser als vorher, als unter den vorherigen Regimen, ist dann nicht zu erwarten, dass es zu einer erheblichen Radikalisierung führt, möglicherweise islamistischen Radikalisierung? Und ist nicht der einzige Weg, um das zu verhindern, zu fördern, dass es einen ökonomischen, ich sage mal: relativen Wohlstandsfortschritt gibt, was in den Ländern schwierig ist, weil sie überwiegend ja gar keine Bodenschätze haben, jedenfalls kein Öl?

Deshalb und daraus leitet sich dann die Schlussfrage her: Was oder wem, welche Gruppierung sollen die westlichen Länder, auch Deutschland, zusammenarbeiten? Welche sollen sie fördern? Und können wir überhaupt fördern? Können wir überhaupt Einfluss gewinnen oder sind wir, weil das eine westliche Macht ist und weil die vorher sehr eng liiert waren mit dem gerade abgesetzten

Regime, so diskreditiert, dass wir da sowieso nur geringen Einfluss haben? Das sind meine Fragen.

Der Vorsitzende: Frau Müller, hatten Sie noch eine Frage? Sie hatten sich vorhin so mit einem Zwischenruf gemeldet?

Abg. Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe nur, weil Herr Bröning meine Frage falsch verstanden hatte. Also, das war keine Frage zur Hamas, sondern Sie, Frau Krämer, sind darauf eingegangen. Es ging mir nicht um die Hamas, sondern darum, generell, um unsere politische Strategie, inwiefern [...] weil Sie ja sehr stark dieses Konzept der Dialogstrategie vorgeschlagen haben, ob das nicht sozusagen auch eine Herangehensweise ist, mit der wir am Ende dann doch nicht dazu beitragen, dass es zur Demokratisierung kommt, ob man nicht stärker [...] ich ergänze das vielleicht mal, das, was Frau Salah auch gesagt hat [...] Wenn es dazu keine Alternative gibt, das war ja die Antwort von Professor Guidère, was wahrscheinlich stimmt, kann man ja trotzdem fragen: Ist es nicht wichtig, dass wir die verbliebenen säkularen Kräfte, auch wenn sie in der Minderheit sind, nicht nur nicht aus dem Auge verlieren, sondern doch stärker wir als Regierung, als Europäische Union mit in den Fokus nehmen und unterstützen. Also sozusagen, dass man Verhalten kritisch bleibt auch gegenüber diesen Regierungen und dem, was sie vielleicht in der Zukunft wollen, also sozusagen nicht allzu euphorisch darüber, was man mit einer solchen Strategie erreichen kann. Vielleicht, dass Sie da auch mal darauf eingehen.

Der Vorsitzende: So, ich würde vorschlagen, dass wir jetzt den Sachverständigen noch die Gelegenheit zur Beantwortung der letzten Fragen geben. Ja, Herr Gauweiler.

Abg. Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU): Also, zunächst mal möchte ich sagen, dass ich es positiv finde, dass eigentlich Gutachter, soweit sie sich dazu geäußert haben, über die neue Verfassung Ägyptens sich viel differenzierter geäußert haben, als das deutsche Medienbild über diese Verfassung in den letzten Wochen und Monaten publiziert hat. Und da waren auch richtige Neuinformationen enthalten.

Ich möchte die Frau Prof. Krämer, die ja darauf hingewiesen hat, dass selbst – wenn ich das richtig verstanden habe – in Saudi-Arabien, im intellektuellen Politischen Islam sehr intensiv debattiert wird. Wie ist die Debatte im Politischen Islam über die Beziehung zum Christentum, über das Schutzbefohlene hinaus, über das Aushalten christlicher Religionsausübung in Ägypten, speziell zu den Kopten? Ich habe gelesen, dass in der neuen Regierung koptische Vertreter sind, die sich aber wieder zurück gezogen hätten. Aber wie ist die Innenbetrachtung, die Innendiskussion bei den islamischen Leuten selber?

Der Vorsitzende: So, wir würden das jetzt in der umgekehrten Reihenfolge machen. Frau Salah würde vielleicht mit den Antworten beginnen. Und da wir jetzt sozusagen ans Ende unserer Zeit kommen, so etwa fünf Minuten jetzt für die Schlussantwort und die letzten Botschaften an uns. Bitte schön.

Hoda Salah: Vielleicht auf die Frage von Frau Müller, was können wir machen. Ich bin dagegen, dass man jetzt vielleicht sagt, wir unterstützen jetzt die Säkularen, weil dann wird wieder das gestempelt [...] ja, ja [...] vorher hat man [...] ich weiß nicht, was die Islamisten [...] und jetzt nicht. Was ich denke, was sehr wichtig ist, aber das ist auch eine große Herausforderung für Deutschland selbst, das sind diese NGO-Gesetze. Wir haben jetzt auch leider die NGO-Gesetze, dass sie sehr schwierig hatten, wie früher auch so verschiedene Gruppierungen zu unterstützen oder NGOs oder z.B. was die Friedrich-Ebert-Stiftung sehr gut gemacht hat, das war die Unterstützung der Arbeiterbewegung. Ich weiß, sie können das jetzt nicht mehr tun. Das ist sehr schwierig. Und auch die Konrad-Adenauer-Stiftung hat große Probleme in Ägypten gehabt. Das

heißt, wie kann man das machen? [.....] Ihr Büro konnte gar nicht geöffnet werden. Und deshalb, ich denke vielleicht, strategischer ist es besser, wenn jenseits der Ideologien [.....] sondern dass wir über Themen reden können, z.B. Förderung von Demokratieprojekten oder Training von Deutschen vielleicht, was ist eine Demokratie, oder jugendliche Workshops oder Frauenförderungsprogramme. Für mich ist das ein sehr schönes Beispiel, was passiert mit der Arbeiterbewegung? Sie wissen, wir reden hier immer, da sind die Islamisten, da sind die Säkularen; aber was sehr schön bei diesen Arbeiterstreiks in Ägypten - es gibt übrigens in Ägypten momentan jetzt mehr als 1.000 Streiks von Arbeitern -, das ist eine sehr starke Bewegung, die leider von der Regierung total [.....] natürlich, man sieht das, aber man ignoriert das, es gibt kaum Erfüllung der Wünsche dieser Arbeiter. Aber was sehr gut ist, in dieser Arbeiterbewegung, die streiken, da gibt es sehr viele Salafisten drin, es gibt sehr viele von den Muslimbrüdern, es gibt auch viele Säkulare, es gibt Leute, die in dieser El-Baradei-Partei sind. Und sie haben gelernt, jetzt zusammenzuarbeiten, weil sie wollen ein Ziel haben, das ist die Verbesserung der Arbeiterrechte. Und das ist ein sehr gutes Beispiel: hier können auch Ägypter jenseits ihrer Ideologien kooperieren. Oder diese Streiks nicht nur von den Arbeitern, sondern auch die Ärzte. Bei den Ärztestreiks in Ägypten, die jetzt seit Monaten andauern, die arbeiten auch zusammen jenseits dieser Ideologien. Deshalb denke ich, wir sollen uns wirklich befreien von dieser Ideologie: das ist islamisch, das ist säkular, weil die, die das geschafft haben, das sind auch die Jugendlichen. Die Jugendlichen arbeiten auch sehr stark nicht mit diesen Ideologien. Und deshalb denke ich, können wir die Werte, die Deutschland hier vertritt, demokratische Werte, [.....] das auch in der Verfassung in Ägypten [.....] Das heißt, man ist mit diesen Projekten nicht gegen die Islamisten. In der Verfassung steht, Ägypten [.....] Pluralismus, Menschenrechte, Frauenrechte, und das kann man auch verknüpfen, und dann Seminare für verschiedene Gruppierungen, und nicht nur so eine bestimmte Gruppe.

Angst vor dem roll back des Militärs – das ist auch was, was für uns sehr wichtig ist. Wir reden die ganze Zeit über die Islamisten und dass sie vielleicht Udemokraten sind oder Demokraten. Aber wir vergessen nicht die politische Kultur in Ägypten und auch in Tunesien. Das ist eine sehr autoritäre politische Kultur dort. Und viele so genannte Säkulare, die sind auch nicht Demokraten. Und wenn wir die Praxen sehen in den Parteien, in den Strukturen auch dieser [.....] Viele Parteien, die sind nicht Demokraten, die sind auch sehr patriarchalisch, die sind sehr hierarchisch. Das heißt nicht, dass die Islamisten undemokratisch sind; ich würde sagen, ein großer Teil der ägyptischen Bevölkerung in den Familienstrukturen bis in das politische System, die haben noch nicht diese Gleichberechtigung erreicht. Ich habe das Glück übrigens, mit Präsident Mursi selbst zu diskutieren. Und als ich mit ihm nur ein bisschen politisch diskutiert habe, hat er mich genannt: „Meine liebe Tochter, du weißt das.“ Und das hat man gesehen, es gibt kaum Wandel, es gibt keine gleichberechtigten Partner, sondern immer nur diese Vaterfigur, der diese kleine [.....] Ja, aber dieses „Meine liebe Tochter“, das haben sie auch in verschiedenen säkularen Parteien.

Was ich meine, ich wünsche mir, dass wir uns hier befreien von diesen Ideologien, da sind die Islamisten, da sind die Säkularen, weil sie in Ägypten es auch mit Säkularen schwer haben, weil die selbst auch keine Demokraten sind. Und warum erzähle ich das über das Militär? Es gibt jetzt Leute, die, weil sie nicht die Muslimbrüder akzeptieren, sie wollen, dass das Militär, das auch sehr hierarchisch und sehr undemokratisch [.....] sie wollen im Land [.....] Und das ist, was ich meine; wir haben alle eine große Herausforderung in dieser Gesellschaft. Was ich wirklich befürchte, das passiert jenseits unserer Fantasien, dass nicht die Muslimbrüder, nicht die Salafisten, sondern dass die Radikalen von beiden Seiten die Macht haben werden. Die Radikalen, dass sie z.B. Bomben entzünden irgendwo und dann gibt es [.....] Diese Kontrolle über militante Islamisten und militante Säkulare – ich habe die Befürchtung, dass in den nächsten Tagen, und das sieht man auch jetzt in den kleinen Bürgerkriegen jetzt, das sieht man, das ist außer Kontrolle.

Der Vorsitzende: Vielen dank, Frau Salah. Frau Krämer.

Prof. Dr. Gudrun Krämer: Vielen Dank. Ich würde gerne kurz was zum Wahlverhalten sagen, soweit wir das kennen, das begrenzt sich aber ganz und gar auf Ägypten. Denn wir haben vergleichbare Daten für Tunesien oder Jemen oder andere Länder nicht, nach meinem Wissen, nach meiner Erkenntnis.

Ich glaube, man kann grundsätzlich sagen, dass sich die Zustimmung zu Islamisten durch alle sozialen Milieus in Stadt und Land zieht, dass man aber zeigen kann aufgrund der Auswertung der Wahlen und Abstimmungen der letzten zwei Jahre, dass in städtischen Milieus und auch in ländlichen Provinzen, in denen der Bildungsstand etwas höher und die Armut etwas geringer ist, mehr Stimmen an nicht-islamistische Kräfte gegeben werden, so dass in gewissem Sinn – das vereinfacht die Sache enorm – die Zustimmung zu nicht-islamistischen Gruppen mit Bildung und – ich will nicht von Wohlstand [.....] aber Einkommen korrigiert. Aber auch unter Gebildeten, auch unter Vermögenden gibt es sehr wohl viel Zustimmung zu den Islamisten, sonst hätten wir nicht die Führungsriege der Muslimbrüder und auch der Salafisten unterschiedlicher Couleur, die ja nicht zu den armen marginalisierten ländlichen Kreisen gehören. Also, ich glaube eher, Zustimmung zu Nicht-Islamisten als primär städtisches oder wenn ländliches, dann ein Phänomen, das aus etwas besser gestellten, weniger vernachlässigten oder bildungsmäßig weiter entwickelten Provinzen kommt. Das sind relativ klare Daten.

Wenn man fragt nach den neueren Überlegungen zum Christentum oder zu Gewerkschaften oder zu Schiiten, dann muss man sich, glaube ich, doch immer klar machen, dass im Moment nicht die Stunde der tiefen Reflektion ist. Also die Stunde der Denker, die sich wirklich mal grundsätzlich Gedanken machen, so dass jetzt wirklich eine post-revolutionäre extrem unruhige, ganz bedrohliche Situation herrscht, und die wenigsten Leute sich jetzt zurück lehnen und gründlich nachdenken. Was wir also sagen etwa über das Verhältnis zu Christen in unterschiedlichen arabischen Gesellschaften, ist häufig etwas älteren Datums. Und da werden Sie immer wieder dasselbe hören. Das findet sich auch in der Verfassung, die Annahme, dass es so genannte „himmlische Religionen“ gibt, die an den einen Gott und eine Offenbarungsschrift glauben, und die legitim sind, als Gläubige – als Gläubige, wenn auch verglichen mit den Muslimen als Mindergläubige. Und innerhalb des islamischen und islamistischen Lagers werden Sie eine Mehrheit finden, die sagen, dass im modernen Nationalstaat alle Bürger unabhängig von Religion Bürger sind und als Bürger gleiche Rechte haben. Während es kleine und nicht ganz einflussreiche Kreise unter Islamisten gibt, die auf dieses alte Prinzip einer auch politischen Über- und Unterordnung zurückgreifen und sagen, die Christen sind eben nicht Bürger, sondern sie sind Schutzbefohlene. Das ist aber eine Minderheitsposition. Was wir als Gewalt beobachten, an Gewalt beobachten, ist nicht von den Führungskreisen der Salafisten oder der Muslimbrüder initiiert und wohl auch nicht gewollt, aber deswegen sehr real und setzt Nicht-Muslime in Angst. Und das beobachten wir wieder. Ich warne aber doch grundsätzlich davor, davon auszugehen, dass wir in arabischen Welt, in der islamischen Welt und überhaupt weltweit eine Christenverfolgung hätten. Das ist vor einiger Zeit lanciert worden, ich würde dem entschieden widersprechen.

Bildung kann ich jetzt leider nicht ansprechen, die fünf Minuten kommen ja doch mit schnellen Schritten auf mich zu.

Die Frage der weiteren Perspektive. Selbstverständlich müsste man versuchen, an den ökonomischen und sozialen Problemen der unterschiedlichen Länder anzugreifen – wo denn sonst! Die Frage ist doch nur, wie man das macht unter den obwaltenden Bedingungen einer doch sehr großen Unruhe, einer sehr großen Polarisierung angesichts des Versuches der nun frisch ins Amt gekommenen Kräfte, zunächst mal sich festzukrallen in unterschiedlichen Positionen, des tiefen

Misstrauens gegen ihr Vorgehen, des Mangels einer Vision. Die Muslimbrüder in Ägypten oder An-Nahda in Tunesien hätten doch diesen berühmten Ruck durch die Gesellschaft gehen lassen können. Wir sind ja ein Volk, und jetzt wollen wir uns mal zusammeneinander nehmen und der Islam will, dass wir aktive Bürger sind und an die gerechte Gesellschaft [...] – haben sie nicht gemacht. Und deswegen finde ich die Beobachtung vollkommen richtig, dass wir dort angreifen müssten – den Hebel, den haben wir noch nicht gefunden. Und ich denke, auf der einen Seite laufen ja ökonomische Kooperationen mit diesen Ländern überall weiter, egal, was man jetzt groß politisch deklariert und gegenüber Mursi und anderen erzählt. Diese Kooperationen auf unterschiedlich Ebenen – ökonomisch, politisch, militärisch, wissenschaftlich – gehen ja weiter, und ich würde da auch sagen, unbedingt weiter, so kritisch – das haben wir jetzt schon mehrfach gesagt –, wirklich kritisch. Militärcoup könnte ich mir in Ägypten tatsächlich vorstellen, auch angesichts dessen, was man jetzt an nostalgischen Stimmungen von verschiedenen Lagern hört: Früher war es doch nicht so schlimm und wir hatten wenigstens zu essen und dergleichen mehr. In Tunesien wüsste ich nicht, wie das Militär nun dazu kommen sollte, die Macht zu ergreifen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Professor Krämer- Herr Professor Guidère.

Prof. Dr. Mathieu Guidère³: Um diese Fragen, die ersten fünf Fragen, beantworten zu können, müssen wir die beiden Ansprüche sehen, denen die Islamisten hier unterworfen sind: einerseits die religiösen Einschränkungen, die es innerhalb der Parteien gibt, und andererseits den Wunsch, sich von den vorhergehenden Regimes zu unterscheiden. Sie befinden sich also in einem Dilemma zwischen zwei sich widersprechenden Problemen. Was die Wirtschaftspolitik betrifft, Privatisierung, Gewerkschaftsbewegungen – in den meisten Fällen, wenn sie ihre islamistische Wählerschaft zufrieden stellen wollen, sprechen sie eher über Gerechtigkeit. Fast alle diese politischen Parteien führen den Begriff Adalah – Gerechtigkeit – in ihrem Namen. Also versuchen sie mit aller Kraft, Gerechtigkeit herzustellen, die vom internen Standpunkt aus anders aufgefasst wird. Gegen Korruption, für die Tugendhaftigkeit der Gesellschaft: Das ist die Botschaft an die islamistische Wählerschaft. Auf der anderen Seite jedoch versuchen sie, sich zu unterscheiden – sich wirklich von den vorherigen Regimes abzugrenzen und anders zu sein, damit sie nicht mit ihnen verwechselt werden. Also versuchen sie, nicht dieselben Praktiken, nicht dieselben Botschaften, nichts dieselbe Art Ideologie zu vertreten, wenn sie diese Probleme angehen. Und das ist sehr schwierig, denn wenn es um die praktische Umsetzung geht, war nicht alles schlecht, was die vorherigen Regierungen getan haben – einige kleine Elemente waren gut. Der gesellschaftliche Fortschritt zum Beispiel, die Bildung, die säkulare Perspektive – aber wenn sie dies aufgreifen, dann wird das so aufgefasst, als führten sie die Politik der ehemaligen Regierung fort, und das geschieht gerade. Das ist das Paradox und das Dilemma. Was die Bildung betrifft, so ist es offensichtlich, dass diese für die Islamisten an erster Stelle steht. Sie wollen unbedingt überall das Bildungsressort und wollen daran arbeiten, denn sie sind der Ansicht, dass die Bildung in den vergangenen 50 Jahren – also seit der Unabhängigkeit dieser Länder – nicht gut war. Sie war zu westlich geprägt. Sie war nicht im Einklang mit der Identität dieser Länder, also wollen sie natürlich, dass die Religion eine wichtigere Rolle in der Bildung spielt. Sie wollen die Geschichte aus ihrer Perspektive unterrichten, und so wird die Bildung stärker islamistisch und nationalistisch geprägt sein, als sie es in den vergangenen 50 Jahren [*Anm. d. Übers.: Im Englischen eigentlich „50 countries“, vermutlich ein Versprecher*] war.

Was Gewalt und den Einsatz von Gewalt betrifft, so befinden wir uns gerade in einer Beobachtungsphase all dieser Parteien, der islamistischen Parteien. Die gewaltbereiten Menschen innerhalb dieser Strömungen führen zurzeit Krieg in Syrien, im Irak, in Mali und setzen Gewalt ein – manche von ihnen sind auch noch in Afghanistan. Das Problem ist, dass diese gewaltberei-

³ Übersetzung erfolgte durch das Referat WI 1 beim Deutschen Bundestag.

ten Menschen wahrscheinlich in ihr Land zurückkehren werden, wenn die Lage dort nicht gut ist. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Wir wissen mit Sicherheit, dass die meisten ausländischen Kämpfer in Syrien zurzeit Tunesier sind, was sehr erstaunlich ist. Ich meine, niemand hat erwartet, dass die Mehrheit der ausländischen Kämpfer in Syrien aus Tunesien kommt. Stellen Sie sich also vor, dass diese Kämpfer nach Tunesien zurückkehren und erwarten ... als sie fortgingen, gab es in ihrem Land eine islamistische Regierung, und bei ihrer Rückkehr müssen sie feststellen, dass keine Islamisten da sind. Dass keine islamistische politische Agenda in Kraft ist. Wir werden vermutlich Probleme mit Gewalttätigkeiten bekommen.

Was die in Europa lebenden Muslime betrifft, so haben wir zumindest in Frankreich festgestellt – die Situation in Frankreich ist mir sehr viel vertrauter – dass die Muslime in Frankreich bei den Wahlen mit fast genau derselben Stimmenverteilung abstimmten wie die Muslime in den Heimatländern. Was ich damit sagen will: Die Islamisten haben die Wahlen in Frankreich und in Tunesien gewonnen. Sie haben die Wahlen in Frankreich und in Ägypten gewonnen. Es war jeweils fast dieselbe Stimmenverteilung. An-Nahda hat zum Beispiel in Tunesien 41 Prozent der Stimmen erhalten. In Frankreich waren es 34 Prozent im Süden und 42 Prozent im Norden. Also ist es fast dieselbe Stimmenverteilung und derselbe Trend, es sind dieselben Diskussionen und dieselben Debatten am südlichen und am nördlichen Ufer des Mittelmeers. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Dr. Bröning.

Dr. Michael Bröning: Ja, zum Verhältnis islamistische Bewegungen – Gewerkschaften. Das ist natürlich ein gespanntes Verhältnis. Das liegt zum einen natürlich daran, dass die absolute Mehrzahl der etablierten gewerkschaftlichen Strukturen in die korrupten Regime [.....] gewesen sind. Und das ist ein *negative legacy*, die sich nicht so leicht abschütteln lässt. Man kann das auch an ganz konkreten Beispielen nachvollziehen. Am 9. April 2012 gab es in Tunesien einen Angriff auf eine Veranstaltung der UGTT, bei der die Polizei nicht eingriff. Es waren salafistische und offenbar auch sogar Polizisten, die sich daran beteiligt haben, wie also eine friedliche Demonstration der UGTT zusammengeknüppelt wurde. Es gab natürlich danach keinerlei Investigation, niemand wurde zur Verantwortung gezogen. Das zeigt sozusagen, wie gespannt das Verhältnis islamistischer Gruppierungen zu den traditionellen Gewerkschaften auch ist. Zu vermerken ist dann natürlich auch, dass es durchaus eine Parallelstruktur gibt, also sozusagen eine islamistische Gewerkschaftsbewegung, die oft als *Professional Association* bezeichnet wird. Das sind dann eher so Berufsverbände. Die haben auch vom Selbstverständnis her überhaupt nichts mit traditionellen Gewerkschaften gemein, verstehen sich auch nicht als Gewerkschaft, aber füllen de facto eine solche Rolle aus. Das war in Jordanien zu beobachten. Die weitgehende Mehrheit dieser *Professional Associations* wird von den Muslimbrüdern dominiert.

Vielleicht noch ein kurzer Aspekt zur Frage der Bildung. Auch da würde ich noch mal auf das Beispiel Gaza verweisen, weil wir dort beobachten können, wie zumindest ein Repräsentant des Politischen Islam ja schon seit vielen Jahren in Regierungsverantwortung ist, sich tatsächlich verhalten hat. Hamas Charta wird immer gerne als Beleg für die eigentlichen Absichten der Hamas herangezogen, von 1987, sagen ganz klar: Bildung ist der Level, an dem wir ansetzen müssen, das muss grunderneuert werden. Faktisch geschehen ist in Gaza bislang nichts. Das heißt, dass diese Agenda, die in der Hamas Charta auch tatsächlich festgelegt worden ist, nicht umgesetzt worden ist. Warum wurde sie nicht umgesetzt? Weil es massiven Widerstand der Bevölkerung dagegen gegeben hat. Da ging es nicht zuletzt auch um die Frage, dass Abschlüsse, Schulabschlüsse in der Westbank und in Gaza nach wie vor vergleichbar sein sollten. Es hat aber meines Wissens nicht einmal wirklich kohärente Versuche gegeben, das Bildungssystem grund zu überholen. Es gibt keine neuen Lehrpläne, es gibt auch keine neuen Lehrbücher. Da hat sich in Jahren der Machtübernahme der Hamas in Gaza nichts dran geändert.

Eine Frage zum Dialog zwischen Schiiten und Sunniten – was findet da statt? Ich würde es gerne ein bisschen allgemeiner beantworten. Die *Carnegie Endowment* in Washington hat vor gut sechs Wochen eine Veranstaltung in Washington durchgeführt, Islamisten aus Ägypten, Tunesien und Jordanien an einen Tisch gebracht. Und die Quintessenz dieser Veranstaltung war: Wir wissen über sie viel mehr als sie über sich, weil diese Debatte in der Region faktisch noch nicht geführt wird. Es gibt natürlich stärkere Kontakte, es gibt Prediger, die nach Tunesien einreisen, die dann auch Visa erhalten usw. Das ist aber kein institutionalisierter Dialog, das ist auch keine Abstimmung. Man verständigt sich nicht auf eine Agenda. es gibt keine interfraktionellen oder fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppen, in denen man sich fragt: Wir müssen doch alle jetzt eine neue Sozialgesetzgebung verabschieden – wie macht ihr es denn? Haben wir unterschiedliche Herangehensweisen oder vielleicht die gleichen? So etwas findet bislang nicht statt.

Ein Punkt vielleicht in dem Zusammenhang noch. Das ist aber eher so anekdotische Evidenz. Die AKP hat ihre Beziehungen zu politischen Parteien in der Region massiv ausgebaut. Nicht nur, was die Hamas angeht, sondern auch, was die An-Nahda angeht und die Muslimbrüder. Gastsprecher werden zu AKP-Sitzungen eingeladen. Das ist eine neue Entwicklung.

Zur Frage von Herrn Ströbele, wie geht es weiter. Ja, Prognosen sind immer schwierig, vor allem, wenn sie sich um die Zukunft drehen. Ich will das auch gar nicht wirklich wagen. Aber ich habe schon auch mal die Befürchtung, die ich gerade eben schon mal ansprach, dass wir zunächst eine Fortsetzung des Siegeszugs der Islamisten sehen werden. Und zwar überall dort, wo es zu Wahlen kommt. Sollte es in Jordanien eines fernen Tages irgendwann einmal Wahlen geben, die tatsächlich auch völlig frei sind und an denen sich die Muslimbrüder auch beteiligen werden, sie dort selbstverständlich die Wahlen gewinnen. Und in Syrien sehen wir in den letzten Monaten einen kometenhaften Anstieg der Bedeutung der Muslimbrüder, die 1982 – glaube ich – in Hama in Grund und Boden gebombt wurde und jetzt in den letzten Wochen zu dem zentralen Akteur gewesen ist. Seit gestern haben wir einen neuen Premierminister der Oppositions-Übergangsregierung, der selbstverständlich von den Muslimbrüdern, wenn nicht ausgewählt, so doch maßgeblich unterstützt worden ist. Also, davon werden wir erst mal mehr sehen.

Als zweiten Schritt würde ich dann schon noch ein Abwenden eines Teils der Unterstützer sehen und eine Verhärtung, eine Intensivierung innerhalb der gesellschaftlichen Debatten. Sollte es da eine Eskalation geben, würde ich mich auch an Frau Prof. Krämer anschließen und eine Übernahme der Macht in Ägypten durch das Militär [.....] Das sagen uns wenigstens unsere Partner in Ägypten, wird durchaus für eine realistische Option gehalten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Last but not least Herr Birringer.

Thomas Birringer: Ja, vielen Dank. Zunächst einmal kritischer Dialog. Ich bin auch der Meinung, dass es zum Dialog letztlich keine Alternativen gibt, aber er muss halt kritisch sein. Er muss sich auch an klaren Kriterien orientieren. Viele davon sind genannt worden: Verhältnis zu Frauenrechten, Verhältnis zur Gewaltenteilung, Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit usw. Ein Kriterium ist aber bisher noch weniger genannt worden, das Verhältnis zur Gewalt natürlich auch wieder als wichtiges Kriterium. Deswegen finde ich im übrigen, ist der Verweis auf die Hamas nicht immer das beste Beispiel für die Frage, wie man mit islamistischen Akteuren im Allgemeinen umgeht, weil es eben dort einen Unterschied gibt zwischen dem, was Hamas sagt und dem, was andere islamistische Gruppen anderswo sagen.

Aber ein wichtiges Kriterium zunächst einmal ist halt eben auch überhaupt die Dialogbereitschaft islamistischer Gruppierungen mit uns. Viele sind dialogbereit und viele möchten den Dialog. aber es gibt eben auch noch viele, die den Bezug zum Westen halt nicht haben, und die immer noch einen recht starken anti-westlichen Reflex pflegen, wenn es um den Dialog geht. Wir sollten in

der Tat auch unsere alten säkularen Freunde nicht vergessen und den Dialog mit denen weiterführen, allerdings eben auch kritisch. Und zu dieser Kritik in dem Bereich gehört auch, dass man diese ermuntert, eben auch auf die Wählerschichten zuzugehen – Frau Krämer sprach eben davon -, zu denen diese Gruppen eben bisher weniger Zugang haben, den weniger gebildeten Schichten in Stadt und Land. Und auch dort ist eben das demokratische Bewusstsein auch nicht immer so wahnsinnig ausgeprägt. Man hört bis heute, wenn man mit säkular-elitären Schichten in diesen Ländern spricht, dann häufig so Vorstellungen wie: „Na ja, dass diese Analphabeten da überhaupt wählen dürfen, ist ja auch nicht in Ordnung“; und da spricht ein Demokratieverständnis heraus, das auch nicht so toll ist und das es auch erforderlich macht, unseren Dialog mit diesen Gruppen sehr, sehr kritisch zu führen. Im übrigen bin ich deshalb auch skeptisch, was die These angeht, dass jetzt eine große Abwanderung sehr schnell stattfinden könnte von den islamistischen Gruppierungen, aufgrund von Enttäuschungen oder wie auch immer. Ich fürchte, wir unterliegen da dem selben Irrtum, aus dem heraus wir die islamistischen Akteure vorher unterschätzt haben.

Und ein Element des kritischen Dialoges mit den säkularen Kräften sollte eben auch die Rolle der Armee sein. In der Tat ist sie nämlich noch da und verfolgt in Ägypten eben auch durchaus eigene Interessen. Das bezog sich jetzt auf Ägypten. In Tunesien ist es in der Tat ganz anders.

Schia – Sunna; mein Eindruck ist, dass im Verhältnis dieser beiden Ausprägungen zueinander gerade auf Seiten der islamistischen Akteure die Spaltung zwischen Schiiten und Sunniten weit dominiert gegenüber einer vermeintlichen Gemeinsamkeit, die so aussehen könnte: Wir beziehen uns in unserer Politik beide auf die Religion – haben wir da nicht Gemeinsamkeiten, was da eben münden könnte in die Gemeinsamkeiten zwischen Iran einerseits und Ägypten andererseits. Das ist nicht der Fall. Das wird zumindest deutlich überlagert von der andererseits ganz, ganz großen Spaltung zwischen Schiiten und Sunniten. Und das ist ja eben schon gesagt worden, für einen Salafisten ist der Schiit ein ganz schlimmer Abweichler, und das ist sozusagen der Hauptfeind. Und wir sehen auch, dass zumindest östlich von Ägypten diese Spaltung Schiiten – Sunniten alles andere derzeit zu überlagern scheint. Wir sehen das insbesondere in Syrien. Aber da weiß ich zumindest nicht von einem Dialog zwischen Schiiten und Sunniten im islamistischen Kontext.


Der dritte Punkt, den ich machen möchte – und damit komme ich dann auch zum Schluss -, ist noch mal der Punkt der Wirtschaft. Das, was in den meisten arabischen Ländern erforderlich ist, ist tatsächlich eine ganz tiefgreifende wirtschaftliche Systemtransformation, hin von einem Rentiersstaatssystem, wie es das bisher gab, hin zu einer – wie ich finde – marktwirtschaftlichen Ordnung, die erforderlich wäre. Durchaus vergleichbar oder noch deutlich schwieriger als das, was die Systemtransformation, die es in Mittel- und Osteuropa nach 1989 gegeben hat. Die ist unendlich viel schwerer noch, aber sie ist nötig. Denn nur so ist m.E. diese große ökonomische Herausforderung zu lösen, die darin besteht, der großen Jugendgeneration vernünftigen Wohlstand und Arbeit zu geben. Wenn man sich letztlich mal vor Augen führt, warum sich denn der Obstverkäufer Buazizi in Tunesien selbst verbrannt hat, was die Ursache war, diese Mischung aus – sagen wir mal – mangelnder politischer Beteiligung und schlechter Behandlung von Seiten des Staates, aber sehr, sehr großen ökonomischen Faktoren eben auch. Gut ausgebildete Jugend ohne Aussicht auf Jobs und damit auch ein selbstbestimmtes Leben, diese Ursachen sind nach wie vor da.

Und ich sehe jetzt auch noch nicht die großen – seien sie liberal, neoliberal oder wie auch immer – Lösungsansätze der islamistischen Parteien. Das wird ihnen immer unterstellt. Mir scheint aber diese Unterstellung eher so im Kontext der eben genannten Verschwörungstheorie: Na ja. mit Hilfe des [.....] fordert der Westen die Islamisten, seine Interessen durchzusetzen, und deswegen sind die auch neoliberal. Das scheint mir so die Denkweise zu sein. In der praktischen Politik, was wirtschaftspolitische Reformen hin zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung angeht, ist seitens der

neuen islamistisch geprägten Regierungen in diesen Ländern wenig bisher zu sehen. Aber ich denke, das könnte ja ein Bestandteil des Dialogs sein, den wir mit ihnen führen sollen.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank an Sie alle, dafür, dass Sie uns heute Vormittag Ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben und uns vor allem auch an Ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen teilhaben lassen. Ich glaube, das war für uns eine wichtige Sitzung. Wir haben in jeder Sitzung unseres Ausschusses eigentlich Themen aus der Region auf der Tagesordnung. Und das, was wir heute besprochen haben, das ist im Grunde das, was wir dann immer vor die Kamera ziehen können und was uns dann auch hilft, die aktuellen Entwicklungen zu beurteilen und auch die eigenen politischen Strategien zu entwickeln.

Ich will das jetzt nicht zusammenfassen, das wäre auch ein wahrscheinlich vergeblicher Versuch. Ich glaube, jeder hat sich über das, was er nun für besonders wichtig hielt, sowieso auch Notizen gemacht. Ich bedanke mich noch mal ganz herzlich bei Ihnen allen, bei meinen Kollegen, dass sie an der Sitzung teilgenommen haben, auch für das Interesse der Öffentlichkeit an dieser Sitzung. Ich schließe die öffentliche Sitzung. Wir haben jetzt fünf Minuten Unterbrechung, ehe wir dann die weitere Ausschusssitzung eröffnen, die ist dann nicht öffentlich. Insofern darf ich Sie in den Winter Berlins entlassen und die Sitzung schließen.



Ruprecht Polenz, MdB
Vorsitzender